



Nr. 89. Morgen-Ausgabe.

Neunundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 22. Februar 1868.

Der Notstand der Provinz Preußen und deren Zukunft.

Unter diesem umfassenden Titel geht uns eine Denkschrift des Vorsteheramtes der Kaufmannschaft zu Königsberg zu, die mit großer Klarheit die Nebenstände, welche die jetzige Not zum Theil mit herbeigeführt, von einem allgemeineren Standpunkte aus, als es gewöhnlich geschieht, entwickelt und die Mittel angibt, durch welche der Wohlstand der lange vernachlässigten Provinz für die Zukunft gehoben werden kann.

„Die Provinz Preußen“ — so beginnt die Denkschrift — „ist seit Wochen ein siehender, nur zu trauriger Gegenstand der öffentlichen Erörterung geworden. Leider ist nicht die mindeste Aussicht vorhanden, daß hierin bald eine Aenderung eintreten könnte. Wie wir unter den ersten gemessen sind, welche das Herannahen der Krise erkannt und die königl. Staatsregierung darauf aufmerksam gemacht haben, so können wir uns am wenigsten darüber täuschen, daß wir erst am Anfang der Krise stehen. Schon Ende August wiesen wir bei Gelegenheit einer Eingabe um Vermehrung der Eisenbahnen auf den bevorstehenden Mangel hin und hoben hervor, daß es der größten Anstrengungen bedürfen werde, um über die Entbehrungen des Winters hinwegzukommen. Einen Monat später gaben wir bereits den Umfang und die Art des Nebels näher an und drangen zunächst auf Heraussetzung der Bahnenfrachten für Getreide, Hülsenfrüchte und Kartoffeln, um die bis zur nächsten Ernte fehlenden Nahrungsmittel wenigstens heranzubringen zu können, wenn es auch fraglich blieb, woher ein großer Theil der Bevölkerung die Mittel nehmen werde, um sie zu bezahlen. Mitte November entwickelten wir dann in einer besonderen Denkschrift die tiefer liegenden, mannigfach und seit lange wirkenden Ursachen, welche unsere Provinz in eine abnorme, von den Zuständen aller übrigen Staatshäuser mehr oder weniger abweichende Lage gebracht, welche sie in ihrem wirtschaftlichen Gedeihen so weit zurückgehalten haben, daß eine Mißernte, wie die vorjährige, eine so gefährliche Krise hervorrufen kann. Da wir hiermit die Forderung verbanden, daß, was der Staat früher versäumt, der Staat jetzt nachholen müsse, konnten vereinzelt Einwendungen der strengen volkswirtschaftlichen Doctrin nicht ausbleiben, welche selbst das mannigfaltigste Zusammenwirken concreter Ausnahmeverhältnisse mit ihrem abstracten Dogma der allein wirtschaftlichen Selbsthilfe erledigen zu können meinten. Im Allgemeinen aber erkannte die öffentliche Meinung in der weit überwiegenden Mehrzahl ihrer Neuerungen unsere Auffassung als wesentlich richtig an.“

„Wir glauben uns also in unserer bisherigen Beurtheilung der Krise nicht getäuscht zu haben. Wir geben uns auch gegenwärtig keiner Illusion darüber hin, daß wir erst am Anfang, bei Weitem noch nicht aus der Höhe der Krise stehen. Monate werden noch verstreichen, ehe wir nur das Allerschlimmste überstanden haben. Privatwohltätigkeit wie staatliche Fürsorge werden nicht blos noch geraume Zeit in der bisherigen Ausdehnung andauern, sondern bedeutend gesteigert werden müssen, wenn die Krise im Großen und Ganzen glücklich verlaufen soll. Mannigfache Entbehrungen und zahlreiche einzelne Opfer werden trotzdem zu beklagen sein.“

„Was die uns zunächst liegende Sphäre, den Handel der Provinz betrifft, so ist derselbe, trotz mehrjähriger Calamitäten und trotz der augenblicklichen äußersten Steigerung derselben in seiner soliden Basis nicht im Mindesten erschüttert. Die Zahl der Concuse ist allerdings gestiegen. Was schon vorher nicht auf festen Füßen stand, was mit unzureichenden Mitteln neu unternommen wurde, hat der Ungunst der Verhältnisse erliegen müssen, während es unter anderen Umständen allmählig einen festeren Stand gewinnen können. Allein kein einziges Fällissement von irgend erheblichem Umfang ist vorgekommen. Kein einziges Haus von mehr als lokaler Bedeutung ist auch nur in vorübergehende Verlegenheiten gerathen. Der Umfang der Geschäfte hat sich theilweise beschränken müssen, da Export wie Import von dem eingetretenen Notstande nicht unaffiziert bleiben konnten; namhafte commercielle Verluste sind jedoch nicht eingetreten, da die für unsere Provinz charakteristische Vorsicht und Solidität eben von jedem gewagten Versuche abhielt, die Ungunst der Verhältnisse durch sorgfältige Spekulationen zu überwinden. So steht in der schweren allgemeinen Krise unser Handel doch ohne eine Spur von commerzieller Krise da. Überall — es wäre eine falsche Bescheidenheit, dies hier verschweigen zu wollen — ist unser Handelstand noch in der glücklichen Lage, sich in hervorragender Weise an der Privatwohltätigkeit zur Abhilfe des Notstands betheiligen zu können. Wenn also für die Verkehrsentrwicklung und Entfesselung im Allgemeinen das wirklich geschieht, was man von der Neugestaltung Deutschland und des Zollvereins für sie hofft; wenn für unsere Provinz im Speciellen durch die jetzige Krise die nur zu lange verbreitete Ansicht gründlich bestigt wird, daß es nicht nötig sei und nicht lohne, für ihre Entwicklung dieselben Anstrengungen und Mittel aufzuwenden, welche für die weniger entlegenen Provinzen schon früher aufgewendet sind; so wird die bei Gelegenheit der Debatte über die Eisenbahnvorlage im Abgeordnetenhouse von dem Herrn Handelsminister ausgesprochene Hoffnung, daß aus dem gegenwärtigen Notstande eine neue Blüthe unserer Provinz hervorgehen werde, sich glänzend erfüllen, und die von dem Abgeordneten Miquel in derselben Sitzung aufgestellte Behauptung, daß wenige Provinzen im Staate Preußen aller Wahrscheinlichkeit nach eine größere Zukunft haben als die Provinz Ostpreußen, ihre volle Bestätigung finden.“

„Die erste Bedingung für das Hervorgehen einer glücklicheren Zukunft aus der jetzigen traurigen Krise ist die, daß der Staat den Communicationen der Provinz energische Fürsorge zuwendet. Großes ist beim deutlichen Hervortreten der Not und ihrer tieferen Ursachen bereits bewilligt; das verkennen wir am wenigsten. Aber auf die Gefahr hin, den Segnern der Staatsanlagen eine scheinbare Bestätigung ihrer Behauptung zu liefern, daß jede solche Bewilligung nur neue Forderungen herorruße, erklären wir doch: auch jetzt sind die begründeten Ansprüche unserer Provinz noch nicht vollständig erfüllt. Zwei wichtige Handelsplätze, die noch immer als die unverlässigsten unter den unverlässigen dastehen, müssen durchaus bessere Communicationen erhalten: Memel und Elbing. Die Wärme, mit welcher der Herr Handelsminister in der Verhandlung über die Eisenbahnvorlage die gerechten Ansprüche unserer Provinz vertreten hat, und seine Vertrautheit mit der Sachlage bürigen uns dafür, daß er sich durch doctrinäre Scheinkräfte nicht irre machen lassen wird.“

„Die übrigen Bedingungen eines glücklichen Ausganges unserer gegenwärtigen Not kommen dem ganzen Staate eben so zu Gute als ins. Der Zolltarif muß einer durchgreifenden Aenderung in freihänd-

lerischem Sinne unterworfen und demgemäß das ganze Zollverfahren in liberalen Geiste revidirt werden.“

Die Denkschrift geht an dieser Stelle genauer auf die Revision des Zollverfahrens ein und fährt dann fort:

„Nächst der Reform des Zollwesens ist es größere Befreiung der gesammten wirtschaftlichen inneren Bewegung, auf welche unseres Erachtens Preußen, ja der gesamte Zollverein in Folge seiner Neugestaltung sichre Aussicht hat. Endlich wird dann auch unsere Provinz wenigstens indirect Nutzen von dem Zollvereine haben, während sie ihm bisher nur fortwährende, ihren Wohlstand schwer beeinträchtigende Opfer zu bringen hatte. Die Gesetzgebung des norddeutschen Bundes hat die Bahn in dieser Richtung bereits zu beschreiten begonnen. Ein neues Gewerbe freiheit bringt, deren unser kleiner Bürgerstand zu einer regeren Entwicklung seiner Kräfte dringend bedarf. Der Gewerbefreiheit wird sich die Bankfreiheit anschließen; denn die bisherige engherzige Bankpolitik kann unmöglich über den Ablauf des jetzigen Privilegiums der preußischen Bank hinaus fortgesetzt werden. Und wenn auch das freieste Bankwesen unmittelbar keine neuen Capitalien schafft, so wird es doch mächtig darauf hin, kein auch noch so geringes vorhandenes Capital, keinen auch nur für kurze Zeit disponiblen Fond unbenußt zu lassen.“

Schließlich spricht die Denkschrift die Hoffnung aus, „daß der Staat den ganzen Einfluß seiner jetzt so mächtigen Stellung für eine Aenderung des Tarifs und des Zollverfahrens in Russland einsegen wird, damit der Verkehr mit dem Nachbarlande für unsere Provinz ein ersprißlicher und fruchtbringender werden kann. Wird uns unser natürliches Hinterland erschlossen, so verändert sich mit einem Schlage die ganze Stellung unserer Provinz. Ist dieses Hinterland auch kein so dicht bevölkertes und reiches als das von Stettin, Hamburg oder Bremen, so ist es doch groß und einer bedeutenden wirtschaftlichen Entwicklung nicht blos fähig, sondern sicher, sobald die bisherigen politischen Hindernisse derselben beseitigt sind. Eines dieser Hindernisse, die Leibeigenschaft, ist bereits gefallen. Das andere muß auch allmählig erschafft werden. Unmöglich kann ein System sich noch lange behaupten, welches zwischen den weiten Stromgebieten der Weichsel und des Niemen und dem schmalen Küstenstreifen an den Mündungen dieser Ströme eine wildernaturliche Prohibitiiv-Scheidewand zieht. Ein solches System hätte Sinn, wenn Russland hoffen könnte, sich über kurz oder lang auch der Strommündungen zu bemächtigen. Dem heutigen Preußen gegenüber wird es in solche Träume schwerlich mehr verfallen. Eine allmäßige Modifikation des russischen Tarif- und Zollsystems ist daher unausbleiblich, und die preußische Regierung hat sehr wirksame Mittel in ihrer Hand, um diesen unausbleiblichen Prozeß beschleunigen zu helfen. Nicht daß wir es für möglich oder auch nur wünschenswerth hielten, der freien Selbstbestimmung eines so mächtigen Reiches wie Russland im Mindesten zu nahe treten zu wollen. Will Russland zu Gunsten einiger tausend Protectionisten sich selbst schädigen, so kann dem direct nicht gewehrt werden, auch wenn eine einzelne preußische Provinz darunter mitleidet. Jede Beihilfe zur Aufrechterhaltung dieses Systems seitens des preußischen Staates muß aber natürlich aufhören. Die Cartel-Convention darf nicht erneuert werden, wenn sie zur Fortführung der Grenzsperrre gemäßbraucht werden soll. Ihre Aufhebung, wenngleich ansangs vielleicht auch unserer eigenen Provinz einigermaßen lästig, macht doch die sensiblere Grenzbewachung unfehlbar immer schwieriger, die Verderblichkeit des Prohibitiiv-Systems für die russischen Finanzen immer einleuchtender. Noch wirksamer aber als alle derartigen Mittel wird die mächtige Propaganda unseres eigenen guten Beispiels sein. Schon die Einführung des Zollvereins in das System der westeuropäischen Handelsverträge, d. h. die erste Bresche in das deutsche Schutzsystem, ist nicht ohne Einfluss auf Russland geblieben, sondern hat dort die Frage in Fluss gebracht, ob es nicht an der Zeit sei, wenigstens die ersten Übergänge vom Prohibitiiv-System zum Schutzsystem zu beginnen. Eine vollständige Reform unseres Tarifs und unseres Zollverfahrens wird besser als alle diplomatischen Verhandlungen das russische Volk und seine Regierung, die ja unter ihrem jetzigen Herrscher ihrem Volke bei jedem Fortschritte vorangeht, darüber aufklären, daß es sich von einer mäßigen Tarifreform nicht ausschließen kann, wenn es sich nicht auch von den wirtschaftlichen und industriellen Fortschritten Europas ausschließen will.“

Daß in diesen Beziehungen Schlesien dieselben Klagen und dieselben Wünsche hat, wie Ost- und Westpreußen, bedarf keiner weiteren Auseinandersetzung.

Die Denkschrift schließt mit den beachtenswerthen Worten: „Das Schlimmste, worunter wir bisher gelitten, schlimmer noch als selbst unter der russischen Grenzsperrre, ist bestigt: die nicht blos bei den Staatsbehörden, sondern mehr noch in der öffentlichen Meinung herrschende Ansicht, daß unsere Provinz doch nur als eine Art verlorener Posten, als ein preußisches Sibirien zu betrachten sei. Eine gerechte Beurtheilung hat sich Bahn gebrochen; möge sie eine bleibende sein! Denn der Preis, um den wir sie erlangt, war kein geringerer — als die Gefahr einer Hungersnoth!“

Breslau, 21. Februar.

In welcher Weise einzelne Wiener Blätter ihren Leserkreis über Berliner Zustände zu orientiren suchen, davon legt ein in der „Neuen Fr. Pr.“ vom 13. Febr. veröffentlichter Artikel mit der Überschrift: „Aus der Metropole der Intelligenz“, ein interessantes Zeugniß ab. Die „Nat.-Ztg.“ brachte nämlich in ihrer Nr. 71 eine Correspondenz aus Petersburg vom 7. Febr., welche wörtlich wie folgt lautete:

„Viel von sich reden macht ein Conflict, den dieser Tage die englische Botschaft mit unserer Polizeibörde hatte; es handelt sich um einen wegen angeblicher Polizeiheitlichkeit seit vier Monaten im Gefängnis gehaltenen Mechaniker britischer Nationalität. Der Mann hatte seinen Pass vor anderthalb Jahren bei einem Brande verloren; die Botschaft machte dem Ministerium des Innern davon Kenntnis, befahl der Nachsuchungen, und verlor den Mann einstweilen mit einem Ausenthaltschein; vor einigen Monaten nun kam der Mechaniker in's Spital, und da er nach der Genesung die Krankheitskosten nicht zahlen konnte, wurde ihm sein Schein zurückgehalten. Am Tage seines Austritts aus dem Krankenhaus wurde er von der Polizei als vagabund ausgeschrieben und erst nach vier Monaten erfuhr die englische Botschaft durch ihren Kaplan, welcher das Gefängnis besucht hatte, diesen Fall. Auf eine Anfrage bei der Polizei erfuhr man, daß diese den Verhafteten sofort, d. h. Ende October, vor den Instructionsrichter gewiesen habe; letzterer aber wies nach, daß er schon am nächsten Tage der Polizei den Auftrag ertheilt hatte, den Mann frei zu lassen, da er sich auf das Consulat berufen hatte; diesen Auftrag nun ist in den Polizeibureaus liegen und der Mann im Gefängnisse geblieben.“

Unser Oberpolizeimeister, General Trepow, hat während seiner zweijährigen Funktion schon Vieles gebessert, was allgemein anerkannt wird, aber das Gebahren bezüglich der Polizeiheit und der Polizeiheitlichkeit scheint der Reform noch sehr zu bedürfen. Der Bericht des englischen Consuls, welcher den Gefangenen aufsuchte, soll, was die Gefangen-Localityen betrifft, die gräßlichsten Details enthalten; auf einem Raum von zwei Ellen Länge und etwa 1½ Ellen Breite, soll er an dreißig Gefangene getragen haben, und nach den Aussagen derselben soll die Anzahl des Nachts oft auf das Doppelte steigen, so daß die Leute oft nur stehend schlafen können. Über die dort herrschende... Reinlichkeit lassen sich kaum Details geben; allerdings wurde am nächsten Tage schon eine Wand durchbrochen, auch sonstige Salubritätsmaßregeln ergingen, da man voraus sah, daß in Folge des Berichts des Consuls eine behördliche Untersuchung nicht ausbleiben werde. Der Mechaniker ist natürlich frei gelassen worden; aber die englische Botschaft reklamirt eine Geldentschädigung und wird dieselbe wahrscheinlich auch erhalten. Wie viele andere Ausländer und Einheimische mögen sich aber in derselben Lage, wie jener Mechaniker befinden! Hoffentlich wird General Trepow seine bekannte Energie und seinen unlehargen guten Willen nun mehr auch diesem Gebiete zuwenden.

Diesen Artikel druckt die „N. Fr. Pr.“ ab, datirt ihn aber aus Berlin, als wenn diese ganze Geschichte in Berlin passirt wäre. Natürlich aber läßt sie die beiden gesperrt gedruckten Stellen weg, weil in diesen von einem Oberpolizeimeister General Trepow“ die Rede ist; der in Preußen nicht gerade gewöhnliche Titel „Oberpolizeimeister“, wie der sehr russisch klingende Name „Trepow“, schließlich der Umstand, daß in Preußen bisher noch nicht „Generale“ an die Spitze von Polizeibehörden gestellt worden, würde die Leser der „N. Fr. Pr.“ jedenfalls auf die Vermuthung gebracht haben, daß die Sache nicht in Berlin, sondern höchst wahrscheinlich in Petersburg oder in Moskau gespielt habe. Wir wollen der „N. Fr. Pr.“ nicht eine absichtliche Fälschung zutrauen, weil sie gar zu plump wäre, aber begierig sind wir doch zu erfahren, wie sie diese Affaire erklären wird.

Wir erwähnten schon gestern, daß die hannoverschen Demonstrationen in Helsing über von der österreichischen Regierung noch von der österreichischen Presse mit günstigem Auge angesehen werden. So spricht sich die „N. Fr. Pr.“, die, wie aus der eben erwähnten Verwechslung Petersburgs mit Berlin hervorgeht, Preußen nicht eben freundlich gesinnt ist, über den Toast des Königs von Hannover in folgender Weise aus:

Mit dem so zuversichtlichen Restaurations-Hoffnungen des Oberhauptes der Welhensfamilie ist es offenbar sehr windig bestellt, und wenn wir auf richtig sein sollen, so können wir in seiner ganzen Haltung auch keine echte und rechte Würde entdecken. Der hat es nicht einen Anstrich von Lächerlichkeit, wenn Georg Rex in seinem Toaste sich als legitimer Herrscher, als eine Art kriegerische Macht gekleidet, während es doch notorisch ist, daß er mit der preußischen Regierung einen Entschädigungsvertrag abschließen musste, der ihn finanziell vollständig abhängig macht von Preußen? Wer sich von der Vorbehaltung zur Herrschaft als freier und unabhangiger König berufen glaubt, darf solche Verträge nicht abschließen; zwingen die Verhältnisse ihn zu solchen Demonstrationen, und kommt er vielleicht bald in die Lage, noch ganz andere Dotations-Verträge abschließen zu müssen, wie Bismarck neulich erzählen ließ, dann enthebt dieses Bothen auf die Legitimität ebenso sehr der Berechtigung als der Würde. Als Gast Österreichs hätte König Georg gut gethan, diesen Toast ungern sprechen zu lassen; dem Kanzler des norddeutschen Bundes aber, welcher Sinn für Humor haben soll, möchten wir empfehlen, die Sache von der löslichen Seite zu nehmen.

Über die neue Convention, welche zwischen den beiden Regierungen von Italien und Frankreich geschlossen werden soll, macht die „Liberté“ die Mittheilung, daß dieselbe unter engeren Bedingungen wie die vom 15. Septbr. stattfinden und sich nicht darauf beschränken würde, die weltliche Macht des Papstes zu garantiren; dieselbe würde vielmehr zugleich Italien sicherstellen gegen die Gefahr des Zerfalles, welche es bedroht, und somit dem italienischen Cabinetts erlauben, seinen Militärstand so weit zu vermindern, daß das schon zu große Deficit seiner Finanzen nicht noch mehr vergrößert werde. Interessant ist der statistische Bericht, welchen General Torre über die Recrutierung in Italien abgestattet hat. Derselbe enthält nämlich sehr schäbbare Daten über die Zahl der Renitenten, aus denen hervorgeht, daß die Zahl der Recruitungsflüchtigen in Sicilien nicht nur im Abnehmen begriffen, sondern kleiner sei als die der Marche. Man erinnert sich wohl, daß man noch vor drei Jahren die Recruten in Sicilien mittels Feuer und Schwert aufgestellt und Häuser, in denen sich mutmaßlich Renitente verbargen, in Brand gestellt hatte. Instructiv sind in dem gedachten Berichte die Erhebungen über die Verwundeten aus dem letzten Kriege. So ergiebt sich daraus, daß die italienische Mannschaft fast lediglich durch Feuerwaffen verwundet wurde.

Im Uebrigen lauten die Nachrichten aus Sicilien noch immer nicht trostlich; während in den unteren Klassen die Verbrechen gegen das Leben und das Eigenthum zunehmen, ist auch die öffentliche Ordnung durch die Ausbreitung separatistischer Umtriebe sehr gefährdet. In der Provinz Sirgenti kam es zu einem förmlichen Aufstande, welcher durch Einschreiten der bewaffneten Macht unterdrückt werden mußte. Die Frage ist jedoch mehr socialer als politischer Natur; der Hauptgrund des Uebels liegt darin, daß das Prinzip der Autorität auf der Insel ganz darrniederlegt. Der „Perseveranza“ zufolge dürfte General Govone zur Uebernahme des Militärcommando's in Süd-Italien und zum ausschließlichen Leiter der dort gegen den Briggataggio gerichteten Operationen ausgesetzt sein. — Die „Corresp. italienne“ dementirt die von mehreren italienischen und nichtitalienischen Blättern gebrachte Meldung des Inhalts, daß in Genua heimliche Anwerbungen zur Unterstüzung einer revolutionären Bewegung im Auslande gemacht würden. — Aus Rom meldet die „France“, daß demnächst das von der österreichischen Regierung dem Cardinal Antonelli übergebenen Memoire über das Concordat einer eigens hierzu einberufenen Commission von Cardinalen und Canonisten zur Prüfung und Begutachtung übergeben werden soll. Briefe aus Rom, welche in Florenz eingetroffen sind (befannlich kein sehr zuverlässiger Weg), melden, die österreichische Regierung sei geneigt, ein Concordat nach dem französischen Concordat zu verlangen, und habe aus diesem Grunde die guten Dienste Frankreichs in Anspruch genommen.

In Frankreich greift die freiheitliche Bewegung unlehargen gewaltig um sich und das jetzige System ist kaum noch im Stande, sich gegen die hereinbrechende Fluth aufrecht zu erhalten. Der Eindruck, welchen die moralische Niederlage, die der Minister des Innern am 17. d. Ms. im gesetzgebenden Körper durch die geschickte Argumentation Olivier's erlitten hat (siehe „Paris“), selbst in den offiziellen Kreisen hervorgebracht, ist groß. War doch auch Herr Pinard so in die Enge getrieben, daß er kein Wort auf die fortwährenden Anfragen des Seine-Deputirten zu erwiedern wußte, und selbst der sonst so redigewandte Rouher sah stumm da. Und dazu der zweideutige Sieg am Ende der Sitzung, wo die Regierung nur 23 Stimmen Majorität erhielt! Man sieht einer factischen Niederlage der Regierung in einer der nächsten Sitzungen bei der Frage der Comptes-Rendus entgegen. Auch die Demonstration der Studenten im Odéon-Theater macht durch ihre Einstim-

migkeit und Feindseligkeit gegen die Regierung Aufsehen. Was die Projekte in Betreff einer Verantwortlichkeit der einzelnen Fachminister betrifft, so werden dieselben besonders von Rouher bekämpft, der darin eine gänzliche Alterierung der gegenwärtigen Verfassung Frankreichs sieht. Auch sehnen sich seine Collegen nicht gerade nach einer solchen neuen Stellung, da die Polizei mit der Presse dann in concreterer Gestalt auftreten dürfte, und die Gerichte, wenn es sich nicht um Angriffe handelte, die zugleich das Staatsoberhaupt treffen, sich bei Presbyterien einer gelinderen Praxis zuneigen könnten. Der Kaiser scheint fortwährend die Notwendigkeit von Veränderungen in der inneren Politik zu empfinden, welche die Verhältnisse mit der Zeit gebietisch fordern. — In der Angelegenheit der Hannoveraner gelten auch die letzten Erklärungen der französischen Regierung als befriedigend und es dürfte sich daraus kein Grund zu einer neuen Spannung ergeben.

In England steigt die Besorgniß, daß man dem Verlust Lord Derby's wenigstens für die Leitung der Staatsgeschäfte, nicht werde entgehen können. Die „Times“ widmet ihm auch schon einen Leitartikel, der wie ein Nekrolog klingt. Sie preist seine großen Eigenschaften als großer Parteiführer und Administrator, seine seltene Begabung, sich das Vertrauen seiner Partei zu erwerben und zu bewahren, sein Feuer und seine Energie in jüngeren, seine Ruhe und Leidenschaftlosigkeit in späteren Jahren, seine glänzende Verehrsamkeit, seine ausgebreiteten Kenntnisse und sogar seine Liebe zu Pferden, die ihn, das darf man wohl sagen, im Lande größere Popularität als seine Übersetzung der Iliade verschafft hat. Auch andere Blätter sprechen mit Churfürst und Anerkennung von dem schiedenden Staatsmann, der, im Gegensahe zu den meisten englischen Staatsmännern, seine Laufbahn als Ebig begonnen hatte, um sie als Tory zu schließen. Als sein muthmaßlicher Nachfolger wird auch jetzt noch Lord Stanley bezeichnet.

Die neuesten Nachrichten aus Amerika melden von einigen wichtigen Beschlüssen des Congresses. So hat das Haus der Repräsentanten beschlossen, den Gouverneuren der ehemaligen conföderirten Staaten Nord- und Süd-Carolina, sowie dem General Longstreet die Ausübung der bürgerlichen und politischen Rechte wieder zu gestatten. Das Reconstructions-Comité ferner hat ein Sub-Comité eingesetzt, um festzustellen, ob des Präsidenten Johnsons Opposition gegen die Wiedereinführung Stanton's als Kriegsminister die Verordnungen der Amterbesetzungs-Bill verletzt habe und somit Grund zur Versehung in Anklagestand bieten könne. Endlich wird mitgetheilt, General Grant und mehrere Mitglieder des Cabinets, sowie die Correspondenten verschiedener Zeitungen seien vorgeladen, um als Zeuge dafür vernommen zu werden, daß bereits eine Entscheidung Seitens des Reconstructions-Comité's erfolgt war, welche gegen die Versehung des Präsidenten in Anklagestand lautete. — Was die Verhältnisse in Süd-Amerika anlangt, so herrsche in Chile (Valparaiso, 3. Januar,) eine bestürzte Stimmung über die Ereignisse in Peru, da man die feindselige Gefinnung Caneco's gegen Chile kennt. Das Regierungs-Arsenal und mehrere Bollengebäude waren in Valparaiso am Weihnachtstage niedergebrannt. Melipili ist zum Importhafen erklärt worden. — Nach einer Depesche vom 18. Januar aus Montevideo hat Lopez wie auch schon telegraphisch mitgetheilt wurde, von Neuem angefangen, das brasilianische Lager bei Tuyucú zu bombardiren. Der Vice-Präsident der argentinischen Republik, Señor Paz, ist gestorben und der Präsident, General Mitre, wurde in Buenos-Ayres vom Kriegsschauplatze zurückgerufen. Die Insurgenten in Santa Fé sollen schon in die Provinz Buenos-Ayres eingedrungen sein.

Deutschland.

= Berlin, 20. Febr. [Commissionssitzungen.] — Gesetzesvorlagen. — Der deutsche Handelstag. — Die heute im Abgeordnetenhaus stattgehabten Commissionsberathungen betrafen zumeist nur den Rest der noch nicht besprochenen Petitionen. Von Gesetzen sind die Vorlagen über Errichtung öffentlicher Schlachthäuser und das Hypothekenwesen in Neuworpommern und Rügen beide nach den Beschlüssen des Herrenhauses angenommen worden. Noch in dieser Woche soll das Gesetz wegen der Zinsgarantie für die Eisenbahn Poseň-Thorn und am Montag das Notstandsgebot zu welchem übrigens, wie man hört, der Abg. G. v. Vincke Amendements einbringen wird, das Abgeordnetenhaus beschäftigen. Die in Bezug auf die Abgeordneten-Wahlen jüngst eingebrochenen Vorlagen sind noch nicht gedruckt, es ist kaum abzusehen, wie man sie noch erledigen will. — Der Budgetbericht des Herrenhauses liegt heute vor; es ist ein mageres Schriftstück, das sich, diesmal ohne jede Resolution den Beschlüssen der Abgeordneten fügt. Nur zu den §§ 2 und 3 des Gesetzes (Ausgabe neuer verzinslicher Schatzanweisungen im Betrage von 10 Millionen Thalern auf ein Jahr) heißt es: „Die Budgetcommission hält sich für verpflichtet, bei der vorliegenden Frage darauf aufmerksam zu machen, daß durch die Ausdehnung des Staatsgesetzes auf Gegenstände, welche nicht den Staatshaushalt unmittelbar betreffen und dennoch der Regelung im Gesetzeswege bedürfen — die Stellung des Herrenhauses zur Gesetzgebung für den Fall beeinträchtigt werden würde, wo das Herrenhaus eine Ablehnung oder selbst nur eine Abänderung der Vorlage für notwendig erachten sollte. Es scheint daher jedenfalls wünschenswert, daß ein derartiges Verfahren in Zukunft vermieden würde.“ — Der Ausschuß des deutschen Handelstages kam bei der heutigen Berathung des Zolltarifs mit den meisten Positionen zu Ende. Die Revision erstreckte sich vorzugsweise auf Gegenstände der Consumtion und der Bedürfnisse der

Dr. W. Jordan's Nibelunge.

Dritte Rhapsodie.

Wenn wir, ganz aufrichtig gestanden, gespannt darauf waren, ob uns der dritte Vortrag, welchen Dr. W. Jordan vor einem wieder sehr zahlreichen Publikum hielt, wohl dieselbe Befriedigung wie die demselben vorangegangenen bieten würde: so können wir zu unserer Freude nur sagen, daß Solches vollkommen der Fall war. Wir fügen indeß als gewissenhafter Berichterstatter hinzu, daß auch Andere, und unter diesen Unerbten Personen, welche geradezu als Autoritäten in dieser Beziehung geschäfft werden müssen, unserm Urtheile unbedingt beipflichten und daß sie sich ganz so wie wir nur gefreut haben, daß ihnen gerade der heute gebotene Genuss nicht entgangen ist. Denn haben wir neulich bereits jeden Zweifel, ob auch des Dichters Befähigung zur Lösung seiner großartigen Aufgabe ausreichend sei, aus dem Bereich der ernsthafsten Fragen mit vollster Entschiedenheit fortweisen müssen: so zieht es uns heut' allerdings, vor der Welt zu gestehen, daß uns die Scene, wie Sigfrid beim letzten Mitt aus der Königsburg zu Worms Brunnhilds schwäichliches Söhlein, den zum Leide geborenen Helgi, nachdem er dem Knäblein die Bindlingspflanze, die Sonnenblume, herab von der Mauer gereicht hat, aufs Auge nimmt und wie dieser Anblick die sich bisher nur in Nachgedanken verzehrende Brunbild zur Rente bewegt, so daß sie nun selbst den dem Tode Verfall'n, jetzt freilich vergebens, in furchtbare Angst mit der warnenden Stimme zurücksucht — daß, sagen wir, diese Scene getröst sich dem Herrlichen gleichstellen kann, was der Schag der uns zugänglich gewordenen Dichter nur irgendwie auweist. Ja! nicht umsonst sagte Herr Dr. Jordan von sich, daß Homer ganz besonders sein Meister gewesen. Und vergleiche nur das, was Du heut' eben hörtest — doch nein! was Du lebensgroß, leibhaftig sagst — mit der berühmten Stelle, in welcher der Vater des griechischen Sangs den scheidenden Helden verherrlicht! und Du wirst mit uns befreien, daß hier eine Nachbildung — wenn's eine solche noch heißen soll — vorliegt, welche, was Großartigkeit der Idee, was Erhabenheit der Gefinnung, vor Allem jedoch was die Tiefe und Kraft der Empfindungen anlangt, mit dem Vorbilde sich immerhin messen kann, wosfern nicht der Vorzug, welchen die deutsche Natur vor der aller übrigen Völker, besonders jedoch vor dem griechischen Alterthum hat, gerade hier sich erkennen gemacht hat! welche fühlbare Kraft! Gemüthsheit der Leidenschaft — welche wirklich erschreckende Wahrheit! Das also, das ist der Mensch! dieser himmelanströmende Mann, der das schuldlose Kind seiner grimmigsten

ärmeren Klassen. So beschloß man u. A. eine Anzahl von Ermäßigung und Streichungen in der Position Materialwaren, befürwortete die Streichung von Blei, Zinn und Zink, Bürstenbindewaren, Veränderung der Glaszölle und verschiedene Modifikationen in der Position Drogen, Instrumente und Holzwaren. Von erheblicheren Gegenständen wurde heute die Eisenzoll-Frage ausführlich erörtert und dabei sowohl die völlige Aufhebung wie eine theilweise und allmäßige Herabsetzung besprochen. Da die Eisenproduzenten ihrerseits bekanntlich heute weniger Werth auf die Zölle, wie auf Reform der Eisenbahnfracht tarife im Sinne der Bundesverfassung legen, so wurde auch dieser Gesichtspunkt eingehend erörtert und, wie wir hören, vom Referenten von Sybel warm befürwortet. Das Resultat war die, mit großer Majorität erfolgte Annahme einiger Resolutionen, welche dahin gingen, daß zunächst nur eine Herabsetzung des Roheisenzolles von $7\frac{1}{2}$ auf 5 Sgr. herbeizuführen sei, eine fernere allmäßige Ermäßigung aller Eisenzölle bis zu ihrem Wegfalle indessen der ferneren Entwicklung überlassen bleiben müsse, daß zu diesem Behufe durchaus erforderlich sei, daß die Bundesverfassung in Bezug auf Umgestaltung unserer Eisenbahngesetzgebung und die Einführung des Ein-Pfennig-Tariffs für Rohstoffe bald möglichst zur Ausführung gelange; endlich, daß dem Unwesen, das in Frankreich mit titres à caution getrieben wird, ein Ende gemacht werde. — Ueber die Reform der Zuckerzölle trat man gleichfalls in die Berathung ein. Herr Dr. Soetbeer erstattete ein außerordentlich eingehendes und umfänglich abgesetztes Referat; die Verhandlungen werden jedoch morgen festgelegt werden und der Ausschuß möchte daher zur Abwicklung seiner Geschäfte erst am Sonnabend gelangen können und hätte sonach für seine umfangreichen Arbeiten einer ganzen Woche bedurft.

* * * Berlin, 20. Februar. [Das Ministerium und die conservative Partei. — Dementi's der Conflict gerüste. — Keine Bedrohung der Feudalen. — Herr Wagener und seine Mission. — Vermittelungsversuche und Versöhnung. — Zoll-Angelegenheit. — Beust's Erklärungen.] Die Extremen innerhalb unserer politischen Parteien, sowohl im Abgeordnetenhaus, wie in der Presse möchten aus taktischen Gründen die politische Welt in dem Glauben erhalten wissen, daß die conservative Partei mit dem Ministerium noch nicht ihren Frieden gemacht. Dem ist nicht so. Wie wir von Abgeordneten der national-liberalen Partei erfahren, also von einer Seite her, wo man über die Vorgänge gut informirt sein kann, sind die Anmeldungen über den Refus einer Audienz conservativer Abgeordneten bei dem Grafen Bismarck, seine Drohung, sich mit neuen Collegen aus der liberalen Partei zu umgeben, die Anträge, welche vielgenannten Persönlichkeiten gemacht werden &c. nicht der Wahrheit entsprechend. Ebenso unwahr ist es, daß Graf Bismarck der conservativen Partei als den Preis der Versöhnung den Ausschluß ihres Vorstandes, so wie die Scheidung der gouvernementalen von der feudalen Fraction bezeichnet habe. Richtig sei nur, daß der Abgeordnete Wagener den Auftrag erhielt, die conservative Partei vor dem Eintritt in die Debatte über den Provinzialfonds dringlichst aufzufordern, für die Vorlage der Regierung zu stimmen, weil der König und der Graf Eulenburg persönliche Verpflichtungen eingegangen, welche im Interesse des Staatswohles von der conservativen Partei nicht negiert werden können. Welche Umstände den Herrn Geheimrat Wagener verhinderten, diesem Auftrage nachzukommen, ist uns nicht bekannt. Einerseits meint man, daß seine persönliche Stellung innerhalb der conservativen Fraction compromittirt war; andererseits, daß er aus anderweitigen Rücksichten dem Conflict seinen Lauf lassen wollte. Sei dem, wie ihm wolle, nach den bekannten parlamentarischen und Hofball-Szenen traten von allen Seiten Vermittelungsversuche hervor, die Missverständnisse wurden aufgeklärt und die Versöhnung ist heute eine vollendete Thatache. Als einer der bewegenden Momente für die vollständig nachgiebige Haltung der conservativen Partei muß der Entschluß des Grafen Bismarck gelten, die Decentralisation der Verwaltung auf Grundlage einer Kreis- und Provinzial-Ordnung so rasch als möglich in Angriff zu nehmen. Der conservativen Partei gab die Aussicht auf eine bloße commissarische Vorberathung unter den beteiligten Ministerien keine Gewähr, daß ihren Prinzipien in diesen Organisations-Arbeiten Rechnung getragen werde. Es handelt sich um die Zuziehung von Vertrauensmännern, und daß diese nicht aus der liberalen, sondern aus der conservativen Partei genommen werden. Diese Befürchtung habe einen nicht geringen Anteil an der Erfolglosigkeit der Herren genommen, die eine Weile lang mit den wohlfeilen Phrasen der „politischen Charakterstärke“, des „Ehr- und Loyalitäts-Gefühls“, der „Consequenzen des Princips“ &c. um sich warten, später aber einsahen, daß die Solidarität der conservativen Interessen zunächst in der Wilhelmstraße ihren Schirm und Hort habe. — Dem Zoll-Parlamente werden Vorlagen über große und umfassende Zollerhöhungen gemacht werden. In der Angelegenheit der Tabaksteuer ist noch nichts entschieden. — Die Erklärungen Beust's in der Delegations-Sitzung des Reichsraths haben in hiesigen Regierungskreisen nicht verfehlt, einen guten Eindruck zu machen. Die „offizielle Presse“ wird wohl morgen Gelegenheit finden, der Befriedigung einen Ausdruck zu geben, welche die weiteren diplomatischen Gröterungen zwischen hier und Wien abkürzen dürfte. Das aber damit die herausfordernde

Sprache des Erkönigs Georg nicht geschnitten ist, glaubt man andeutet zu müssen.

[Pausen.] Die „Volkszeitung“ schreibt: Wir hatten erst dieser Tage Gelegenheit zu constatiren, daß die unteren Organe des Polizeipräsidiums sich noch nicht mit dem für den norddeutschen Bund geltenden neuen Freizügigkeitsgesetz vertraut gemacht haben. Ein Gleches gilt, wie wir heute mittheilen können, von dem Pausen. In den hiesigen Revierbüros (ganz bestimmt wissen wir dies von dem in der Dorotheenstraße befindlichen) ist der Geschäftsgang seit Einführung des leichten Gesetzes noch nicht im Mindesten geändert. Von jedem an kommenden Fremden wird nicht bloss ein Pausen gefordert, sondern es wird zugleich das Antrittsgebot, daß der Pausen bis zur Abreise depoirt wird. Nach dem Pausen geht aber haben die Aufsichtsbehörden nur in Ausnahmefällen nach einer „Legitimation“ zu fragen. Dies Verfahren ist ein neuer Beweis dafür, wie diejenigen Abgeordneten im Rechte waren, welche auch jene Ausnahmestellungen nicht in das Gesetz aufnehmen wollten; denn ihre Befürchtung, daß die Polizei-Organe die Ausnahme zur Regel machen werden und daß somit Alles beim Alten bleiben würde, zeigt sich jetzt als gerechtfertigt. Wir erfüllen das königl. Polizeipräsidium, die Revierbüros mit einer dessfallsigen Instruction versehen zu wollen.

[Flensburg, 17. Febr. [Verteidigungslinie.] Den „Hamb. N.“ wird geschrieben: Von mehreren Seiten vernimmt man hier, daß seit einiger Zeit mehrfach Untersuchungen der strategisch wichtigen Punkte im Schleswigischen stattgefunden haben, um danach die Bestimmung einer militärischen Verteidigungslinie an der deutschen Nordgrenze zu treffen. So weit wir darüber instruiert sind, ist jedoch noch kein bestimmter Entschluß gesetzt worden, indem es sich um zwei in Vor- schlag gebrachte Linien handelt, nämlich: Alsen-Düppel-Voa und die Linie Kiel-Rendsburg-Friedrichstadt mit dem Danewirke als vorgesetztem Posten.

[Hannover, 19. Februar. [Der gestrige Tag der Feier der silbernen Hochzeit Königs Georg] ist hier im Ganzen ruhig vorübergegangen, wenn auch eine gewisse Aufregung in den unteren Volksschulen nicht zu verleugnen war. Die bekannten Demonstrationen mit gelb-weißen Sanden oder Papierstreifen vor den Haustüren, das Aufstellen von Büsten oder Photographien der früheren Königsfamilie wurden, wenn auch nur in beschränktem Umfang wiederholt, früher hannoversche Soldaten zeigten sich mit ihren Langsägemedaillen, Droschkenfutter und Milchfahrer mit gelb-weißen Blumen, Kinder und einige ältere Frauenzimmer mit gelb-weißen Bändern, ja ein Schlächter hatte seinen Westempatriotismus so weit getrieben, daß er in seinem Laden einen Schweinstopf mit gelben und weißen Hyazinen umgeben, ausgestellte. Abends war in den Straßen ein lebhaftes Treiben. Die Polizei hatte Anweisung, sich so weit es ging, jedes Einbrechens zu enthalten, und so ließ man denn auch die Lebendrufe auf König Georg, das Lied: „Lustige Hannoveraner seien wir“ ungehindert erklingen. Nur in einer der Hauptverkehrsstraßen entstand ein Auflauf von Gejellsen und Arbeitern, welcher ein Einschreiten des Schutzmänner zur Folge hatte und 13 Verhaftungen veranlaßte. Ferner sind bei dem Senator Culemann, dem Drucker der „Neuen Hannoverischen Zeitung“ die Fenster eingeworfen. Im Saale des Odeon fand ein Bantett der Particularisten statt, das von etwa 730 Personen besucht war. Die Gesellschaft war eine sehr gemischte, Adlige mit ihren Damen in großer Toilette, darunter der östfriesische Graf Edgard Oppenhausen, Mitglied des Herrenhauses, der letzte hannoversche Hausminister, v. Malortie, der frühere Präsident des Schatzcollegs, v. Alten, mehrere nach hannoverschem Tarif pensionierte Offiziere, höhere Kaufleute und Gewerbetreibende, sowie kleinere Handwerker. Um allen Inconvenienzen vorzubeugen, war über das Ausbringen der Tochte auf König Georg &c. vorher vorsichtig Verabredung getroffen, und ist so das Bantett ungestört spät in der Nacht zu Ende gegangen. Auch ein Glückwunschtelegramm mit der Adresse: An den König von Hannover, wurde nach Hiebing gesandt, doch war bis zum Schluss der Tasel keine Rückantwort eingetroffen. (N. B.)

[Köln, 19. Febr. [Pressproces in Sachen Scheel-Plessen.] Die „Köln. Ztg.“ meldet: Heute waren der verantwortliche Redakteur der „Kölnischen Zeitung“, Dr. Heinrich Kruse, und der stellvertretende verantwortliche Redakteur, Dr. Hermann Grießen, vor dem Untersuchungsrichter geladen, um wegen fünf Nummern der „Kölnischen Zeitung“, Nr. 246 des Jahrgangs 1867 vom 5. Sept., Nr. 250 vom 9. Sept., Nr. 12 des Jahrgangs 1868 vom 12. Jan., Nr. 13 vom 13. Jan. und Nr. 39 vom 8. Febr., verantwortlich vernommen zu werden. In allen diesen Nummern sollen Vergehen gegen die bekannten Paragraphen 101 und 102 des Strafgesetzbuches enthalten sein. Die Anklagen beziehen sich sämmtlich auf Schleswig, resp. auf das Regiment, welches der Frhr. v. Scheel-Plessen dort geführt hat, nicht als Departements-Chef unter Tillych und später (1849—1855) als dänischer Beamter — diese Periode seiner Wirksamkeit ist in Deutschland seiner Zeit hinzüglich gewürdigt worden —, sondern als Ober-Präsident seit 1866. Die Redakteure unseres Blattes gaben die Gründe zu Protoll, weshalb Polizei und Staatsanwaltschaft die in sämmtlichen, nachträglich angelegten fünf Nummern seiner Zeit nichts Gesetzwidriges aufgefunden haben und sie unbestandig ausgeben ließen, ihnen durchaus gerechtfertigt erscheinen.“

Oesterreich.

* * * Wien, 20. Februar. [Unsere Stellung zu Preußen.] Zur Concordatsfrage.] Wer heute den Baron Beust über die hannoversche Flüchtlingsfrage in der erbländischen Delegation sprechen hörte, der konnte sich schwer dem Eindruck verschließen, daß es diejenige Manne wirklich und in allem Ernst, sei es auch nur für jetzt, um die Erhaltung des guten Einvernehmens mit Preußen zu thun ist. Das offene Bekanntniß, daß unser guter Polizeidirector sich, in unbegreiflicher Täuschung über die Autorität des Hietzinger Hofs bemüht gezeigt, seit New Jahr nahe an 300 Pässen, ohne Vorwissen des Ministers, bloß auf den Wunsch eines Finanzbeamten Georg's V. an Hannoveraner auszuholen, ohne daß er sich auch nur darum bekümmert hätte, ob jene Flüchtlinge jemals österreichischen Boden betreten, läßt in seiner Unverschämtheit kaum etwas zu wünschen übrig. Nach demselben aber mag man es dem Reichskanzler denn auch wohl glauben, daß es seinen Verstand unterschätzen hieße, wenn man ihm zutraute, er könnte die An-

Feindin an's Herz drückend weint — und hier dieses Weib, das, nachdem sein unfehliger Stolz nur erst einmal gebrochen war, mit der vollständigen Gluth seiner ersten Empfindung dem untreu geword'nen Geliebten sein Herz wieder gibt — die Stiftin des Unheils, welche sich selbst nun verwünscht. Daß sie je dem Geliebten geflucht hat! Aber auch dort jene Scene, in der uns die badenden Königinnen im unverschleierteii Kleid ihrer himmlischen Schönheit erscheinen, — dürfte sich irgend ein Mädchenaug' scheuen, den Blick dabei frei zu erheben? Wahrlich, wer so seinen Pinsel in nichts, als in Farben der Schönheit, des glanzvollen Lichtes und der edelsten Annuth getaucht hat, der allerdings darf es wagen, uns dergleichen offen zu schieren. Wie? oder war es nicht g'rade die völlige Abweichenheit jeder lüsternen Hülle, welche auch dieses Bild jedem empfahl, der noch Sinn für die Kunst hat? Vergleiche damit jene Scenen, in denen sich nicht nur ein Wiesel gefiel, und Du wirst mit uns sagen: es ist wohl ein Fortschritt, wenn wir Neueren alle gethan; denn wir lieben gewiß, wie nur jemals die Alten es thaten, die sinnliche Fülle, die Frische und Wahrheit der edelsten Form, aber wir lieben sie nicht, wo die Kunst die Natur irgend nur im Geringsten verläßt; wir lieben sie nicht, um mit ihr nur zu spielen, sondern wir spielen vielleicht auch mit ihr, aber nur weil wir sie wirklich lieben.

Mit vollster Befriedigung schieden wir also auch diesmal. Aber wir begen die wohlgegründete Hoffnung, daß nicht nur wir den Entschluß des Hrn. Dr. Jordan mit Freuden begrüßt haben, der uns die Aussicht auf noch drei gehaltvolle Vorträge eröffnet. Indem sich der hochgeachtete Erneuerer des Nibelungenliedes bereit erklärt hat, namentlich in dem schon künftigen Sonnabend (Abends 7½ Uhr) zu haltenden Vortrage nicht allein einen kurzen Überblick über die Geschichte des germanischen Epos zu geben, sondern zugleich das Verhältniß seiner eigenen Dichtung zu den schon vorgebrachten Bearbeitungen der Nibelungenfrage auseinanderzuwickeln, glauben wir, daß sich derselbe das ihm schon dankbar gewordene Publikum eben dadurch nur noch mehr verpflichten wird. Einen besonders hohen Genuss aber dürfen wir namentlich denen, welche das Hildebrandlied und den Beowulf noch nicht kennen, insofern versprechen, als sie wohl schwerlich durch einen besseren Gelehrtenmann in diese Heiligthümer der ältesten deutschen Heldenage eingeführt werden können, während die Recitation dieser Lieder durch einen Meister wie Herr Dr. Jordan sich allen Kennern derselben von selbst empfiehlt und für sie jedes Wort, das wir etwa hinzufügen möchten, in der That nur vom Überflussh wären.

[Deutscher Particularismus.] In einem Reiseberichte aus Deutschland an sein in St. Louis ercheinendes Organ („Westl. Post“) erzählt Karl Schurz: Wir erreichten Bremerhaven noch bei gutem Tageslicht. Der Hafenplatz steht ziemlich lebhaft und stattlich aus, wenn auch in kleinem Styl. „Wo sind denn die Hafenbefestigungen?“ — Man zeigte mir einen runden, von rothen Ziegelsteinen erbauten und mit Schießscharten versehenen Thurm. „Aber was soll denn das kleine Ding da nützen? Es liegt ja bei nahe hinter dem Hafen.“ „Ja, das ist richtig,“ war die Antwort. „Hinter diesem Hafen liegt es freilich. Sehen Sie, dieses Fort ist von der hannoverschen Regierung erbaut worden und soll auch gar nicht Bremerhaven beschützen, sondern den hannoverschen Hafenplatz Geestemünde, der direkt unterhalb Bremerhaven liegt. Deshalb hat die hannoversche Regierung das Fort hinter den Hafen gelegt, der Bremen gehört.“ „Aber, wenn die hannoversche Regierung das Fort in Front von Bremerhaven gelegt hätte, so würde es doch Geestemünde auch und Bremerhaven zugleich beschützen.“ „Ja — war die Antwort — warum sollte denn die hannoversche Regierung Bremerhaven beschützen, auch wenn es sie nichts kostete? Bremerhaven ging sie ja nichts an. Und wenn Bremerhaven zufällig einmal zu Schaden gekommen wäre, und Geestemünde nicht, dann hätte das ja Geestemünde genutzt.“ Das war nach der alten deutschen Bundesregel so richtig und schlägig, daß ich nichts mehr zu sagen hatte und mich ergeben mußte. Nun mochten allerdings noch andere Gründe für die kritisiren Einrichtungen vorgelegen haben, obgleich die oben angeführten dem Geiste der ehemaligen hannoverschen Politik sehr ähnlich seien; auch ist es wahrscheinlich, daß es Bremen gar nicht besonders um hannoverschen Schutz zu thun war. Aber solche Dinge zeigen doch, zu welch lächerlichen Consequenzen die Zustände in Deutschland führen mussten, welchen die Ereignisse des letzten Jahres ein Ende gemacht haben. So sah denn auch der Mann, mit dem ich die Unterhaltung führte, wie trostend hinaus: „Das wird jetzt alles anders. Es sind dort draußen neue Festungsarbeiten angelegt worden, die unter dem Norddeutschen Bunde stehen. Wir werden nun auch noch Forts vor dem Hafen haben.“

[Bon Gerhard Möhlfss] trafen dieser Tage bei seinem Bruder in Mülven Briefe vom 1. Januar ein von Bulu in Abyssinien

bahnung einer Coalition gegen Preußen mit der Anwerbung hannoverscher Deserteure beginnen. Baron Beust sagte, er hoffe, daß seine Worte über den Ständesaal hinausdringen würden und knüpfte eben hieran die feste Überzeugung, daß die existirende Aufregung nur eine vorübergehende sein könne. Uns bleibt nur der Wunsch, daß diese Zuversicht sich bestätigen möge und daß demzufolge nicht blos die kaiserliche Regierung, sondern auch die — wie wir mit Entsezen wahrgenommen — bei uns so allmächtige Polizei sich in Zukunft, wie Baron Beust versprach, „stets die Grenzen gegenwärtig halten möge, innerhalb deren eine bereitwillig gewährte Gastfreundschaft sich bewegen müß“. Gott gebe, daß es dem Reichskanzler so voller Ernst ist, wie es heute allerdings den Anstrich hatte, mit der Erklärung: „wir werden nicht dulden, daß das mühsam aufgefahrene Gebäude einer auf Frieden und Veröhnung berechneten Politik durch unerlaubte Agitationen untergraben werde“.) Eine andere Frage freilich ist es, ob nach den Vorgängen im Cursalon mit diesem Entschluß des Baron Beust sich noch die Aeußerung des Redners verträgt: „die Regierung habe nicht geglaubt, die einmal gewährte Gastfreundschaft durch polizeiliche Überwachung erschweren zu müssen“. Wenigstens will man hier wissen, daß Baron Werther bereits den Toast des Erfolgs zum Gegenstande einer diplomatischen Anfrage gemacht. Die etwas zweideutige Gefälligkeit des Grafen Taaffe, der als Polizeiminister aus angeblicher Rücksicht für Preußen die Aufführung von Aufrufern zu Geldsammlungen für die Notleidenden in Ostpreußen untersagte, wird den preußischen Botschafter kaum abhalten, die unangenehmen Episoden bei der Hochzeitsfeier weiter zu verfolgen. In der Concordatsfrage tritt die Ohnmacht unsrer Regierung von Tage zu Tage immer greller hervor. Wie ich höre, ist sogar das Verbot der Werbungen für das päpstliche Zavencorps eine bloße Spiegelfechterei gewesen, da es erst erging, nachdem bei dem hiesigen Nuntius die Anzeige eingelaufen war, daß die Armee des heiligen Vaters au grand complet sei und General Kanzler Niemanden mehr einreihen könne. Die clerikale Agitation gegen die Staatsgrundgesetze erstreckt sich nunmehr auch auf Steiermark und Oberösterreich, was zu einem Requiepe des Ministers Giskra an den dortigen Statthalter Veranlassung gegeben. Gegen das Document an und für sich ist nichts zu sagen, da es mit aller Bestimmtheit das Einschreiten der Bezirkvorsteher gegen ungefährliche Propaganda der Pfarrer verlangt. Aber gleichzeitig haben die Cardinale Rauscher und Fürst Schwarzenberg ein päpstliches Breve veröffentlicht, welches die Unterzeichner der bekannten 25er Adresse höchstlich belobt. Ein kaiserliches Handschreiben hat diese Adresse als nahezu aufwieglerisch gebrandmarkt: das Breve dagegen drückt die Hoffnung aus, der Kaiser werde endlich „sein Ohr den verderblichen Maßschlägen gottloser Menschen verschließen.“ Zwischen diese beiden Emanationen, den Erläß Giskra's und das päpstliche Breve gestellt, werden da die Pfarrer, welche das Concordat in unbedingteste Abhängigkeit von dem Episkopate gebracht und jedes staatlichen Schutzes beraubt hat, auch nur einen Augenblick zweifelhaft sein, wem sie zu folgen haben? Die Bezirkvorsteher wieder, des Wechsels aller irdischen Dinge und ihrer Carriere eingedenkt, werden dem Minister sagen: „Ach guter Gottlieb geh' voran, Du hast ja große Stiefel an!“ Dr. Giskra kann aber nichts thun, so lange das Concordat besteht, welches der Regierung jede Gewalt über das Episkopat abspricht.

Wien, 20. Febr. [Gegen clericaler Umtriebe.] An den Statthalter von Steiermark und an den Leiter der Statthalterei von Ober-Oesterreich ist, wie bereits teleg. gemeldet, vor einigen Tagen vom Minister des Innern, Dr. Giskra, folgender Erläß ergangen:

Nach glaubwürdigen Mittheilungen bereitet man sich auf clericaler Seite zu einer lebhaften Agitation gegen die bevorstehende verfassungsmäßige Gesetzgebung in Betreff der Ehe, der Schule und anderer bisher als ausschließlich kirchlich betrachteter Angelegenheiten vor und dient besonders der ländlichen Bevölkerung wider die Tendenzen der Gesetzgebung und gegen die Regierung aufzuregen.

Die Erfahrungen in einigen nördlichen Landestheilen der Monarchie haben gelehrt, daß es Geistliche gibt, welche bei ihren Agitationen über die Grenzen des geistlichen Erlaubten hinausgehen, und es hatten dort die Strafgerichte wiederholzt Anklah, gegen Priester ihres Amtes zu walten.

Da ich gegründete Ursache zur Annahme habe, daß nun auch Steiermark (Ober-Oesterreich) der Platz für solche regierungsmäßige und verfassungsfeindliche Agitationen werden soll, so will ich nicht unterlassen, Euer Exz. Aufmerksamkeit sogleich hierauf zu lenken.

Die Regierung Sr. Majestät, getragen von dem Entschluß, die Staatsgrundgesetze zur vollen Wahrheit zu machen, wird solchen Agitationen mit allen geistlichen Mitteln begegnen, und Euer Exz. werden darüber wachen, daß Ausschreitungen über die Grenzen des Geistes hinaus ungestüm den Gerichten zur strafgerichtlichen Amtshandlung überwiesen werden.

Da mir aber nicht daran gelegen ist, daß die Regierungsbüroden nur müßig den Eintritt so bedauerlicher Ereignisse abwarten, da ich vielmehr den höchsten Werth daran lege, daß auch in den Beziehungen zur Geistlichkeit, wenn möglich, der Friede erhalten bleibe, so werden Euer Exz. den Intentionen des Ministeriums entsprechen, wenn Sie sich bemühen, den Clerus rechtzeitig vor Umtrieben zu warnen, welche einzelne Fanatiker anzuführen ver suchen.

Es ist insbesondere den Bezirkvorstehern Weisung zu ertheilen, den Herren Geistlichen die Gefahren ernstlich zu Gemüthe zu führen, welche sie

* Die Wiener Blätter theilen den Wortlaut der Erklärung des Herrn von Beust mit. Sie ist sehr lang; die Hauptstellen, auf die allein es ankommt, sind theils telegraphirt, theils in dieser unserer Correspondenz enthalten.

D. Ned. d. Bresl. Btg.

herausbeschönren, wenn sie den öffentlichen Frieden stören und durch ihr Beispiel das Ansehen der Landesgesetze untergraben.

Ich bin weit entfernt davon, dem Clerus eine Verleugnung seiner geistlichen Überzeugung anzuhören oder denselben in der Ausübung des geistlichen Amtes beitreten zu wollen; was ich aber namens der kaiserlichen Regierung auch von ihm mit Recht fordere, das ist, nie zu vergessen, daß auch der geistliche Functionär Staatsbürger ist und sich nur innerhalb der Gesetze des Staates bewegen, nie sich über dieselben erhaben darf. Ich habe zu viele Beweise davon, daß auch in unserem Curatclerus dieses Staatsbürgers-Bewußtsein noch lebendig ist, als daß ich glauben sollte, die kaiserlichen Behörden werden diese Saitte nicht mit Erfolg anschlagen.

Selbstverständlich wollen Euer Exz. diesen meinen Erläß nicht als blos vertraulichen überhaupt ansehen, jedenfalls wünsche ich aber, um jede Missdeutung auszuschließen, daß Euer Exz. denselben in geeigneter Weise zur Kenntniß der Herren Bischöfe von Seckau und Lavant (des Herrn Bischofs von Linz) bringen.

Es ist nicht die Regierung Sr. Majestät, welche Zwietracht säen will, sondern ihr gerade liegt daran, daß der Friede im Lande gewahrt werde; nährtigt man sie aber dazu, so kann sie nicht zuwenden, den Friedensstörer den Gelehen zu überweisen, selbst dann, wenn es Personen trifft, die ihr hoher und heiliger Beruf dem Arme der Gerechtigkeit stets fernhalten sollte.

Ich erüche Euer Exz., dem Inhalte dieses Schreibens ohne Verzug gerecht zu werden und mir über brüzzliche Vorlommisse ungefährmt Bericht zu erstatten.

Empfangen u.

Auch alle croatischen Landes-Gerichtsbehörden sind angewiesen worden, gegen die Geistlichkeit, sofern dieselbe eine regierungseindliche Agitation entwickelt, in jedem einzelnen Falle sofort nach der vollen Strenge des Strafgesetzes vorzugehen.

Italien.

Rom, 15. Febr. [Das französische Occupationscorps. — Die clerical Restauration.] General Dumont, schreibt man der „R. 3.“, scheint in seinem ersten Tagesbefehle an die Truppen um den Ausdruck der Anerkennung ihrer Geduld und Ausdauer fast verlegen; nirgends wird indessen angedeutet, daß eine baldige Rückkehr des ganzen Corps in Aussicht sei. Daß die demokratischen Comités vor Ungeduld den Tag nicht erwarten können, wo sie den bei Montan erhaltenen Stoß zurückgeben könnten, das beweist die allgemeine Stimmung, und mehr als diese, was für die Anwerbung und militärische Ausbildung der Freischaren still und offen geschieht. Weil aber der gute Wille ohne solide Hilfe wenig vermögt, so dürfte die Anwesenheit der Franzosen, wenn schon ihre Zahl auf 10,000 Mann vermindert wird, die Sicherheit Rom's vor einem neuen Angriffe genügend verbürgen; auch hat General de Failly sehr bedeutende Munition-Depots in Civitavecchia zurückgelassen. Die Clericalen betrachten den Sieg von Mentana als den Grund- und Eckstein ihrer Restauration, und in dieser Überzeugung entwickelten sie in zwei Monaten große Thätigkeit: es gilt zunächst, im italienischen Abgeordnetenhause den Liberalismus niederzuwerfen und die Aufhebung des Beschlusses vom 27. März 1861, „Rom Hauptstadt Italiens“, durchzusehen. Für das Gelingen des Planes wird in allen Richtungen und weithin von hier aus gearbeitet, ohne daß die Congregation über Bischöfe durch Circulare oder Instructionen dazu aufforderte. So hofft man hier einen großen, aber unblutigen Sieg; für den entgegengesetzten Fall steht das französische Occupationscorps nebst 22,000 Mann eigener Truppen, Gewehr beim Fuße, zur Verfügung.

[Militärisches.] Die päpstliche Regierung beschäftigt sich, dem „Monde“ zufolge, mit dem Gedanken einer Einstellung ihrer bisherigen Rüstungen. Die Stärke ihrer Truppen beläuft sich auf etwa 18,000 Mann, durft sich jedoch, sobald die zeitweilig Engagierten abgehen, nach Abzug der Beurlaubten, Kranken u. nur mehr auf etwa 15,000 Mann belaufen, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen für ausreichend zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Zurückweisung eventueller garibaldinischer Invasionsschläge angesehen werden. Demgemäß sollen die verschiedenen päpstlichen Nuntiatoren nächstens von der Einstellung der Werbungen in Kenntniß gesetzt werden.

[Aber die schon erwähnte Mentana-Feier] schreibt man der „R. 3.“: Ein clericaler Gelegenheitsdichter hat eine Canzone auf den Sieg bei Mentana angefertigt, ein Geistlicher Don M. Rovati sie komponirt; der Papst wurde eingeladen, die Aufführung mit zu hören, er verlegte sie in die vaticaniischen Gärten. Alles, was clerical heißt, war um das päpstliche Casino gruppiert, gegen 500 Junglinge trugen den Siegesgefang zweimal vor, während Musikkorps des päpstlichen Militärs ein Orchester von nahe an 200 Tonkünstlern gestellt hatten.

Frankreich.

* **Paris, 18. Febr.** [Frankreich und die hannoversche Legion.] Die französische Regierung, schreibt man der „R. 3.“, ist bemüht, den Differenzen wegen der hannoverschen Legion keine größere Ausdehnung zu geben. Wenn der „Moniteur“ versichert, daß die französische Regierung von dem Eintritt der Hannoveraner auf französisches Gebiet vorher keine Kenntniß gehabt habe, so ist das freilich nicht ganz genau. Graf Platen hatte bei dem Herzog von Gramont, französischen Botschafter in Wien, vorher die Anfrage gestellt, ob der Ueberfiedelung der Hannoveraner nach Frankreich keine Hindernisse im Wege ständen, worauf er die Antwort erhielt, daß, wenn sie sich den bei politischen Flüchtlingen üblichen Maßregeln unterwerfen wollten, die Gastfreundschaft Frankreichs nicht verweigert werden würde. Der Herzog von Gramont scheint dabei ignorirt zu haben, daß die hannoversche Legion einen bestimmten Sold bezieht, oder er mag auch die Tragweite seiner mündlich ertheilten Zustimmung übersehen haben. Auf fran-

schreibt unter Anderem: „Bis jetzt nichts Neues, nur daß die Transporte sich mit solcher Schnelligkeit nach Sena hinauf folgen, daß gar keine Transport-Thiere mehr zu haben sind. Wir hatten ebenfalls vor, dahin aufzubrechen, da hier im Lager der Hize, des Staubes und der vielen Fliegen wegen, kein angenehmer Aufenthalt ist. Aber der kommandirende General Sir Robert Napier stand noch kein einziges Maultier zu unserer Disposition, und so müssen wir Geduld haben. Indes sind wir bei den Engländern sehr gut gestellt und die anderen äußerst reichlich. Jeder, Herr oder Diener, hat 1 Pfund Fleisch, 1 Pfund Brot, 1 Pfund Reis, dann Thee, Zucker, Rum, Salz, Pfeffer, Knoblauch, für Pferde Heu und Bohnen. Es hat sich nun auch schon ein ganzer Bazar construit, eine lange Straße voll Buden, wo Alles zu haben ist, wenn auf einer Schale Silber, auf der anderen Waare liegt. So laufen wir von Herrn Otto Neil einen 7 Pfundigen Hut Zuder für 25 Francs, einen kleinen Feldstuhl, der in Frankreich für 2 Fr. verläuft wird, für 14 Fr.; und so ist es mit Allem. Eine Flasche Ale wird mit 1 Thlr. bezahlt. Angenommen ist das Sicherheitsgefühl im Lager. Man kann Alles offen stehen und liegen lassen, ohne befürchten zu müssen, daß etwas gefohlen wird, trotzdem daß Tausende von Chinesen, Indianern, Abyssiniern, ja sogar Arabern, die größten Spitzbuben der Welt, im Lager als Arbeiter engagirt sind. Aber die Engländer sind ein praktisches Volk, welche die Araber nicht mit spisen Fingern anfassen, und deshalb gefürchtet und geschützt sind. Der Telegraph arbeitet bis Kumiela, seit einigen Tagen bekommen wir von dort Depeschen. Der Gesundheitszustand der Truppen ist ausgezeichnet, nicht so wie des Viehes, namentlich der Pferde, welche einer eigenhümlichen Seuche unterliegen. — Gefahren hatten wir eine ungewöhnlich hohe Springflut, welche den Pier und die ganze Eisenbahn überschwemmte, ohne indeß Schaden anzurichten am Damm.“ (Weil. 3.)

Paris. [Bur Geschichte des Humbug.] Vor einigen Tagen machte eine Sängerin viel von sich reden. Sie trat im Theater Dejazet auf, wo sie sich hören, aber nicht sehen ließ. Sie erhielt nämlich mit einer Maske vor dem Antlitz und erregte dadurch die Neugierde eines hochzuverehrenden Publikums. Sie sang übrigens sehr mittelmäßig, und wenn man sie hätte sehen können, würde man sie gewiß nicht haben hören wollen. Wer aber war diese Dame und warum verbarg sie ihr Gesicht? Ist dasselbe so schön, daß sie fürchtete, eine Feuersbrunst in den Herzen der Zuhörer anzurichten? Oder ist es so abwertend, daß sie es zu zeigen fürchtete? Diese und noch andere Fragen hätte die Directi nicht beantworten können. Dieselbe hütete

österreichischen Boden angelangt, protestierte die Legion gegen ihre Internierung; auch wies sie jede materielle Unterstützung mit dem Bemerkten zurück, daß sie regelmäßigen Sold vom Könige von Hannover beziehe. Welche Wendung nun auch diese Angelegenheit nehmen mag, so wird das französische Cabinet sich doch auf mündliche Verhandlungen zu beschränken suchen.

[Das österreichische Rothbuch.] Den Eindruck, welchen das österreichische Rothbuch in den hiesigen diplomatischen Kreisen hervorruft hat, ist nach allen Seiten ein wenig angenehmer; wenn Herr von Moustier Manches auszusezen findet, so hat sich die russische und selbst die englische Diplomatie ebenfalls sehr verstimmt über diese Veröffentlichung geäußert und vielfache Unge nauigkeiten in der Wiedergabe der Verhandlungen mit Österreich hervorgehoben. Den meisten Grund zur Klage, schreibt man der „R. 3.“, hätte wohl die preußische Regierung über die Form, in welcher ihre politischen Auffassungen in den österreichischen Aktenstücken dargestellt worden sind; der einfachste und geradeste Weg der Abwehr wäre gewesen, wenn man in Berlin die geführten Correspondenzen gleichfalls veröffentlicht hätte. Indessen hat Graf Goltz sich hier auf einige Berichtigungen namentlich in Betreff der Angaben über die Taufkirchen'sche Mission beschränkt; es konnte aus dem österreichischen Rothbuch der Plan Preußens herausgelesen werden, die alte Allianz der drei nordischen Mächte gegen Frankreich in der früheren Weise zu erneuern.

[In Betreff der Beziehungen Preußens zu Rom] überlassen sich die „Debats“ folgenden Betrachtungen:

„Die öffentliche Aufmerksamkeit in Deutschland fängt an, sich mit den freundshaftlichen Beziehungen zu beschäftigen, welche man zwischen Berlin und Rom herzustellen sucht. Von beiden Seiten findet ein Austausch der freundlichen Gesinnungen statt. Der preußische Minister in Rom ist dort als Bevollmächtigter des Nordbundes accredited worden. Der heilige Stuhl erkennt also die Constitution des Nordbundes an. Man kann nicht daran zweifeln, da in dem päpstlichen Almanach für 1868, welcher an die Cardinale und das diplomatische Corps verholt wurde, Hannover aus der Liste der in Rom vertretenen Staaten gestrichen worden ist, während die italienischen Staaten, welche ungefähr auf die nämliche Weise von Piemont aufgenommen worden sind, wie Hannover von Preußen, in dem Almanach ihre besondere Christen und ihre diplomatische Vertretung bewahrt haben. Was der römische Hof also in Italien für verdammungswürdig hält, dunkt ihm in Deutschland legitim. Er nimmt und erkennt in Berlin an, was er in Florenz mit dem Bannflude belegt. Im Augenblicke, wo Österreich die Revision des Concordats verfolgt, ist es natürlich, daß Preußen eine der Oesterreichs entgegengesetzte Politik verfolgt und sich bemüht, sich die Sympathien der Katholiken in Deutschland zu gewinnen. Man behauptet sogar, daß Preußen deshalb geneigt ist, in Berlin einen päpstlichen Nuntius zu empfangen und die Legation in Rom zum Range einer Botschaft zu erheben.“

[Ueber die Angelegenheit der Luxemburger WilhelmSBahn], welche eine Zeit lang die hiesige Finanzwelt in Athem erhielt, verlautet jetzt amtlich, daß allerdings sich die Direction dieser Bahn an den preußischen Handels-Minister Grafen Oppenly mit dem Antrage gewendet, den Betrieb derselben zu übernehmen, da sich mit der französischen Ostbahn, welche denselben bisher geleitet, gewisse Differenzen ergeben hätten, die eine Lösing des Verhältnisses wünschenswerth erscheinen ließen. Der preußische Handels-Minister hat beraus jedoch erwidert, daß er ein solches Anerbieten nicht eher zu berücksichtigen vermöge, als bis die WilhelmSBahn aller früher eingegangenen Verpflichtungen ledig sei und sich mit der Ostbahn auf gütlichem Wege auseinander gesetzt habe. Hieraus scheint nun hervorzugehen, daß Preußen in keiner Weise die Initiative in dieser Angelegenheit ergriffen hat, daß es aber auch andererseits durchaus nicht abgeneigt ist, eintreffenden Falles sein Eisenbahnnetz nach der Richtung Luxemburg-Thionville hin zu vervollständigen und den Betrieb der WilhelmSBahn zu übernehmen, wenn die Gesellschaft die Bedingungen erfüllt, welche an sie gestellt worden sind. Es bliebe dann nur zu hoffen, daß Frankreich nicht etwa eine irgendwie haunivistisch begründete Verstimmung einführe, für den Fall, daß wirklich das jetzige Verhältnis zwischen Ost- und WilhelmSBahn gütlich gelöst werden könnte.

[Zu den Gerichten über Ministerwechsel und Verfassungsreformen] bringt der „Constitutionnel“ folgende halböffentliche Erklärung:

„Die Debatten über das Preßgesetz dauern im gesetzgebenden Körper mit einer unerwarteten Lebhaftigkeit fort, die bereits weit entfernt ist von der Mäßigung, die bei Schluss der allgemeinen Discussion vorherrschte. Die Minister haben nach einander das Wort genommen und den Gesetzentwurf energisch vertheidigt, indem sie den liberalen Geist hervorhoben, der ihn ein gegeben hatte; niemals vielleicht hatten sie sich öfter in die Debatte gemischt; in demselben Augenblicke indessen, wo Federmann das Talent und die Autorität constatirt, mit welchen der Gedanke des Herrschers im gesetzgebenden Körper ausgelegt wird, gezeichnet es, daß man von Änderungen im Personale der Regierung und auch von Gott weiß welchem unbekümmerten Veränderungsplane in Betreff der Institutionen redet. Wenn man bis zur Quelle dieser Gerüchte hinaufgehen wollte, so würde man gar bald über ihre Bedeutung im Reinen sein und man würde bemerken, daß sie keinen anderen Zweck haben, als die Aufmerksamkeit auf die Blätter zu lenken, welche sie in Umlauf setzen.“

[Der gesetzgebende Körper] verhandelte gestern über die beiden die gerichtlichen Anzeigen bezüglichen Amendements von Jules Braine und Genossen und von Berryer zu dem Preßgesetz. Nach dem ersten Amendment sollen die von den Gesetzen für die Gültigkeit oder die Offenheitlichkeit der Prozeß oder der Contracte verlangten gerichtlichen Anzeigen in einem Beiztsblatte, oder bei Ermangelung eines solchen in einem Departementblatte nach gegenseitiger Übereinkunft der Parteien abgedruckt werden.

1/4 Pfund Salz. Die Herrschaft macht aber dem Zusammenraffen des Schnees bald ein Ende, ließ den ganzen schneebedeckten Raum (1600 Quadratfläster) in 10 Quadrat abteilen und verkaute den Schnee für einen geringen Preis. Viele Leute sind nun dort mit Salz auf mehrere Jahre verliehen.

Paris, 15. Febr. [Die Bestimmungen des neuen Preßgesetzes] sind von einem Mitgliede der Majorität in Vers und Reim gebracht. Die „France“ theilt das Gedicht mit, die „R. 3.“ aber bringt davon folgende Übersetzung:

Die Gebote der Presse.

1. Noch kaum geboren, mußt du schon
Erlegen schwere Caution.
2. Stempelgebühren Tag für Tag
Nimm gleich der Fiscus in Beischlag.
3. Niemals besprich mit dreitem Muth,
Was weislich die Regierung thut!
4. Die Kammer respectire febr!
Die Herrn Minister noch weit mehr!
5. Von einem Bürger überhaupt
Sprich nur, wenn er es dir erlaubt!
6. Den parallelen Kammerbericht,
Auch andre, publicre nicht!
7. Denn, wenn du fehlst, so tritt in Kraft
Geldstrafe und Gefängnishaft.
8. Geldstrafen jedesmal bedroh'n
Ein Drittel deiner Caution.
9. Der Wahlrechte obendrein
Wirst du depositiert sein.
10. Der Richter suspendirt dich gar
Vorläufig auf ein halbes Jahr.
11. Er unterdrückt dich, wenn er will,
Und macht dich dann für immer still.
12. Und stimmt du diesen Regeln bei,
So kannst du Alles druden frei.

werden. Maurice Richard, der zuerst das Wort für das Amendeument ergriff, führte aus, daß die Zeit der administrativen Willkür vorüber sei. Man solle das Monopol aufheben, dann werden neue Blätter entstehen können, dann werde auch die Regierung die Wahrheit erfahren, die ihr jetzt verschlossen sei, und was die Privatinteressen betreffe, so werden jedenfalls die Parteien selbst die besten Richter über die Blätter sein, an welche sie sich zu wenden haben. Der Regierungs-Commissioner Polliois vertheidigt das seit 1852 herrschende System, nach welchem die Verwaltung die Blätter für die gerichtlichen Anzeigen auszuwählen befugt ist. Es gibt Blätter, welche sich spezieller an ein gewisses Publikum wenden; nicht immer sei das Blatt mit der größten Abonnentenzahl auch das passendste; der beste Richter hierüber sei der Präfekt, welcher die Administration der Posten unter seinen Beauftragten habe und wisse, wohin jede Nummer des Blattes gehe. Jules Bramé spricht in humoristischer Weise und unter Mitteilung vieler pittoresker Details zu Gunsten seines Amendeuments. Der Berichterstatter Roger St. Lourens findet in dem Umstand, daß 37 Oppositionsblätter für gerichtliche Anzeigen benutzt werden, einen Beweis, daß die Präfekte die Offenheitlichkeit am rechten Orte aufzuhalten. Ernest Picard zeigt durch die Statistik der Provinzialpreise, insbesondere aber durch das Beispiel des so wenig gelesenen „Etandard“ in Paris, dem seit neuerer Zeit die Anzeigen zugewiesen wurden, daß die gerichtlichen Anzeigen in den Händen der Präfekten eine Subvention der von ihnen beeinflussten Blätter werden. Als der Redner die Kammer mahnt, nicht falsches Gewicht anzuwenden und nicht nahezu eine Illoyalität zu begehen, wird er vom Präsidenten an die Pflichten des parlamentarischen Styls erinnert. Picard begegnet schließlich dem Einwurf, daß die Parteien, wenn man ihnen die Anzeigen überlässt, Betrügereien begehen könnten, durch die energische Behauptung, daß das Uebel, welches man fürchte, täglich von der Verwaltung, und in einem politischen Interesse begangen werde. Der Minister des Innern, Herr Pinard, gesteht freimütig ein, daß man auch die politische Meinung der Blätter berücksichtige. „Wir wollen nicht diejenigen ausschließen, welche uns sogar lebhaft, ja bitter, kritisieren können; aber wir sind vollkommen entschlossen, niemals unsere Wahl auf Organe der radikalen Opposition fallen zu lassen, welche die Unordnung und den Umsturz wollen.“ Diese Worte des Herrn Pinard rufen einen gewaltigen Sturm auf der Linken und theilweise auch im Centrum hervor. Comte Lanjuinais spricht hierauf über die teuren Injektionsgebühren, welche an die privilegierten Blätter entrichtet werden müssen. Ollivier trat mit einer Schärfe gegen die Minister auf, wie man es nach seiner sonstigen Milde kaum erwarten hätte. Er nimmt Herrn Pinard in ein Verhör über die Verbreitung der privilegierten Blätter, in welchem dieser sehr schlecht besteht, und fertigt auch Louher mit schlagernder Ironie ab. Nach Ollivier erhebt sich Latour Dumoulin, der sich als Herausgeber der „Franche Comté“ durch die Worte Pinard's besonders gefrägt fühlt, um entschieden dagegen zu protestieren, daß er zu den Feinden des Kaiserreiches gerednet werde. Er ruft den Minister direct auf den Leib. „Wenn Sie, sagt er, schon Worte nicht berücksigen, so nötigen Sie mich Ihnen zu sagen, daß dieselben eine Verlautung enthalten.“ (Vom! zur Ordnung!) Wie? zur Ordnung? Sie irren sich in der Versammlung, Herr Minister. Sie sind hier kein Generalstaatsprocurator, und ich sage nicht auf der Angeklagtenbank. Ich bin Deputierter und habe das Recht energisch gegen eine Verlautung zu protestieren.“ Mehrere Stimmen: Man hat Sie ja nicht genannt! Latour Dumoulin: Man hat mich nicht genannt, allein man hat mich indirect bezeichnet. Präsident: Sie haben einen Ausdruck geraucht, den ich nicht hingehalten kann, ohne Sie zur Ordnung zu rufen (Aufregung). Latour Dumoulin: Wie! Herr Präsident, Sie lassen den Herrn Minister sprechen, wie er es gethan, und mich rufen Sie zur Ordnung? Stimme links: Den Minister muß man zur Ordnung rufen. Herr Pinard erklärt den Sinn seiner Worte darin, daß, wenn die Regierung ihren offenen Gegnern kein Privileg verleihe, sie damit noch nicht alle diejenigen, welche kein Privileg erhalten, als ihr Gegner bezeichne. Das Amendeument Bram wird mit 186 gegen 47 Stimmen abgelehnt. — Die Kammer geht hierauf zur Diskussion des Amendements Berryer über. Berryer selbst ergreift das Wort und bringt in die Verhandlungen einen ruhigen Ton, was selbst Herr Polliois als Regierungs-Commissioner sich anzuerkennen beilt. Letzterer findet, daß, wenn man den Richterstand mit der Verleihung von Privilegien an Zeitungen betraue, seine Würde und Unabhängigkeit, zumal in Preßprozessen, manchmal verdächtigt werden könnte. Segris spricht in seiner ruhigen, aber stets auf die Majorität lebhaft wirkenden Weise für das Amendeument. Louher muß mit seiner vollen Berechnsamkeit eintreten, um für die Präfekten das zu erhalten, was die Verhandlung den Gerichten übertragen zu wollen scheint. Das Amendeument wird schließlich mit nur 126 Stimmen gegen 103 Stimmen verworfen.

[Zum Preßgesetz.] In der heutigen Sitzung kam die Zulassung der ausländischen Zeitungen in Frankreich zur Discussion. Man hat den Pariser Zeitungen nachgesagt, sie trügen wesentlich zur Erhöhung der Kammerdebatten bei, und man hat deshalb Alles gethan, ihnen Originalberichte zu verbieten. Seit der Verurtheilung der „Zehn“ herrscht jedoch dieses Schweigen um das Haar der „Gesetzgeber“, ohne daß ihre Debatten dadurch an Ruhe gewonnen haben. Die „France“ macht heute auf diese interessante Erfahrung, die Frankreich jetzt machen kann, aufmerksam. Die letzten Sitzungen haben das Mögliche geleistet, und wohl selten spielte ein französischer Minister in der Kammer eine kläglicher Rolle als Herr Pinard. — Einem Theile der Senatoren ist übrigens das Preßgesetz noch zu liberal. Dieselben sollen in einer Versammlung, welche bei Delangle stattfand, beschlossen haben, dasselbe später an die Kammer zurückzufinden.

[Vom Hofe. — Personalien.] Der Kaiser hatte diesen Morgen eine lange Besprachung mit dem päpstlichen Nuntius. — Abbe Lucian Bonaparte wird nicht römischer, sondern französischer Cardinal werden. Somit wird er sein Gehalt aus dem französischen Budget beziehen und des Rechtes theilhaftig im Senate zu sitzen. — Lord Clarendon hat Paris verlassen und ist nach London zurückgekehrt, nachdem er mehrere Male von der kaiserlichen Familie empfangen worden ist.

[Demonstration im Odeon.] Gestern fanden im Odeon vielfache Demonstrationen statt, an denen sich besonders die Studenten beteiligten. Es wurde „Kean“, ein neues Stück von Alexander Dumas, zum ersten Male gegeben. Man ließ bei dieser Gelegenheit den Unwillen über das Verbot des Kyn Blas von Victor Hugo aus. Kaum war der Vorhang in die Höhe gezogen worden, als nach der famosen Melodie (sie röhrt von 1848 her) „Des Lampons“ ein hundertstimmiges „Cassagnac! Cassagnac!“ entlud, womit man andeutete wollte, daß das jehige Regime in dieser sonderbaren Persönlichkeit verkörpert sei. Dann entlud plötzlich von allen Seiten der Ruf: „Vive Hugo!“ und ein tausendstimmiges: „Kyn Blas!“, das von da an bis zum Schluss der Vorstellung fast ohne Aufhören wiederholt wurde. Das Stück selbst gab zu mehreren Demonstrationen Anlaß. Kean sagt: „In England ist die Justiz gleich für die Großen, wie für die kleinen.“ — „Nicht in Frankreich!“ rief eine Stimme dazwischen, und donnernder Beifall von allen Seiten. Ein anderes Mal, als ein Contable einem Streit anwohnte, ohne zu verhasten, erhöhte der Ruf: „Es lebe die englische Polizei!“ und fast Ledermann, das Parterre, die Logen und das jogenannte Paradies stimmten mit in den Ruf ein. Zum Schlusse des Stükcs wurden Alexander Dumas und Berton herausgerufen und von der Menge acclamirt. Auf dem Place de l'Odeon selbst war der Scandal nach beendetem Vorstellung noch größer. Fast das ganze Quartier Latin hatte sich dort Rendezvous gegeben, und bis lange nach Mitternacht erklangen die Rufe, die man bereits im Theater gehört hatte. Von Verhaftungen hört man nichts. — Ein Correspondent der „A.-Z.“ teilt noch folgende Einzelheiten mit: Als im Stücke von der häuslichen Freiheit die Rede war, rief man von allen Seiten: „Nieder mit Cassagnac!“ Bei der Stelle: „Die Freiheiten, Ihr habt sie“; hörte man rufen: „Noch nicht; aber wir werden sie uns verschaffen!“ Bei einer andern Stelle, wo von der Allmacht der Fürsten die Rede war, wurde lebhaft gespielt. — Bemerkenswerth ist es, daß an denselben Abend noch eine heftige Demonstration gegen die Polizei im Theater Ambigu-Comique stattfand.

Großbritannien.

E. C. London, 18. Febr. [In der geistigen Sitzung des Unterhauses] tündigte der Earl of Mayo (erster Secretair für Irland) die Vorlage der irischen Reformbill für den 9. des nächsten Monats an. — Mr. Hunt (Secretair im Schabam) erwidert eine bezügliche Anfrage von Sir Ch. Bright dahin, daß die Regierung noch in dieser Session eine Bill befußt Erwerbung sämlicher Telegraphenlinien des Landes einbringen werde. — Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung der Bill befußt weiterer Suspensions der irischen habeas-Corpus-Akte. Gegen die Maßregel als solche erhebt sich kein Einwand und selbst die Freunde der radikal Partei enthalten sich jeder Opposition dagegen, mutmaßlich weil sie von deren Nutzlosigkeit von vornherein überzeugt sind. Dagegen bellagt Mr. Fortescue, daß die Regierung noch

keine Andeutung über die Maßregeln gemacht habe, welche sie zur Pacificierung Irlands vorschlagen wolle, zumal über die nötigen Reformen in der Kirche, den Pachtgeleken und dem Erziehungswesen. — Sir Henry Barron (Mitglied für die irische Stadt Waterford) führt dem Hause zu Gemüthe, daß Rebellionen und Repressionsmaßregeln für Irland sich ewig wiederholen werden, so lange das katholische Irland nicht angemessener in der Gesetzgebung vertreten sein werde. — Die Bill wird hierauf zum zweiten Male gelesen. — Der Right Hon. G. S. Gordon legt in seiner Eigenschaft als Lord-Advokat von Schottland, die neue schottische Reform bill vor, deren Leitung er beantragt. In ihren Hauptzügen gleicht sie der englischen, steht den größten Abonnentenzahl auch das passendste; der beste Richter hierüber sei der Präfekt, welcher die Administration der Posten unter seinen Beauftragten habe und wisse, wohin jede Nummer des Blattes gehe. Jules Bramé spricht in humoristischer Weise und unter Mitteilung vieler pittoresker Details zu Gunsten seines Amendements. Der Berichterstatter Roger St. Lourens findet in dem Umstand, daß 37 Oppositionsblätter für gerichtliche Anzeigen benutzt werden, einen Beweis, daß die Präfekte die Offenheitlichkeit am rechten Orte aufzuhalten. Ernest Picard zeigt durch die Statistik der Provinzialpreise, insbesondere aber durch das Beispiel des so wenig gelesenen „Etandard“ in Paris, dem seit neuerer Zeit die Anzeigen zugewiesen wurden, daß die gerichtlichen Anzeigen in den Händen der Präfekten eine Subvention der von ihnen beeinflussten Blätter werden. Als der Redner die Kammer mahnt, nicht falsches Gewicht anzuwenden und nicht nahezu eine Illoyalität zu begehen, wird er vom Präsidenten an die Pflichten des parlamentarischen Styls erinnert. Picard begegnet schließlich dem Einwurf, daß die Parteien, wenn man ihnen die Anzeigen überlässt, Betrügereien begehen könnten, durch die energische Behauptung, daß das Uebel, welches man fürchte, täglich von der Verwaltung, und in einem politischen Interesse begangen werde. Der Minister des Innern, Herr Pinard, gesteht freimütig ein, daß man auch die politische Meinung der Blätter berücksichtige. „Wir wollen nicht diejenigen ausschließen, welche uns sogar lebhaft, ja bitter, kritisieren können; aber wir sind vollkommen entschlossen, niemals unsere Wahl auf Organe der radikalen Opposition fallen zu lassen, welche die Unordnung und den Umsturz wollen.“ Diese Worte des Herrn Pinard rufen einen gewaltigen Sturm auf der Linken und theilweise auch im Centrum hervor. Comte Lanjuinais spricht hierauf über die teuren Injektionsgebühren, welche an die privilegierten Blätter entrichtet werden müssen. Ollivier trat mit einer Schärfe gegen die Minister auf, wie man es nach seiner sonstigen Milde kaum erwarten hätte. Er nimmt Herrn Pinard in ein Verhör über die Verbreitung der privilegierten Blätter, in welchem dieser sehr schlecht besteht, und fertigt auch Louher mit schlagernder Ironie ab. Nach Ollivier erhebt sich Latour Dumoulin, der sich als Herausgeber der „Franche Comté“ durch die Worte Pinard's besonders gefrägt fühlt, um entschieden dagegen zu protestieren, daß er zu den Feinden des Kaiserreiches geredet werde. Er ruft den Minister direct auf den Leib. „Wenn Sie, sagt er, schon Worte nicht berücksigen, so nötigen Sie mich Ihnen zu sagen, daß dieselben eine Verlautung enthalten.“ (Vom! zur Ordnung!) Wie? zur Ordnung? Sie irren sich in der Versammlung, Herr Minister. Sie sind hier kein Generalstaatsprocurator, und ich sage nicht auf der Angeklagtenbank. Ich bin Deputierter und habe das Recht energisch gegen eine Verlautung zu protestieren.“ Mehrere Stimmen: Man hat Sie ja nicht genannt! Latour Dumoulin: Man hat mich nicht genannt, allein man hat mich indirect bezeichnet. Präsident: Sie haben einen Ausdruck geraucht, den ich nicht hingehalten kann, ohne Sie zur Ordnung zu rufen (Aufregung). Latour Dumoulin: Wie! Herr Präsident, Sie lassen den Herrn Minister sprechen, wie er es gethan, und mich rufen Sie zur Ordnung? Stimme links: Den Minister muß man zur Ordnung rufen. Herr Pinard erklärt den Sinn seiner Worte darin, daß, wenn die Regierung ihren offenen Gegnern kein Privileg verleihe, sie damit noch nicht alle diejenigen, welche kein Privileg erhalten, als ihr Gegner bezeichne. Das Amendeument Bram wird mit 186 gegen 47 Stimmen abgelehnt. — Die Kammer geht hierauf zur Diskussion des Amendements Berryer über. Berryer selbst ergreift das Wort und bringt in die Verhandlungen einen ruhigen Ton, was selbst Herr Polliois als Regierungs-Commissioner sich anzuerkennen beilt. Letzterer findet, daß, wenn man den Richterstand mit der Verleihung von Privilegien an Zeitungen betraue, seine Würde und Unabhängigkeit, zumal in Preßprozessen, manchmal verdächtigt werden könnte. Segris spricht in seiner ruhigen, aber stets auf die Majorität lebhaft wirkenden Weise für das Amendeument. Louher muß mit seiner vollen Berechnsamkeit eintreten, um für die Präfekten das zu erhalten, was die Verhandlung den Gerichten übertragen zu wollen scheint. Das Amendeument wird schließlich mit nur 126 Stimmen gegen 103 Stimmen verworfen.

[Vom Hofe.] Die Abreise der Königin von Osborne ist wegen der ernsten Erkrankung des Prinzen Leopold, der sich jedoch unter der Behandlung des Dr. Hoffmeister im Stadium der fortschreitenden Besserung befindet, bis zum 3. März verschoben worden. Der Aufenthalt des Hofes in Windsor dürfte jedoch nicht von zu langer Dauer sein, da die Königin die Osterfeiertage wieder in Osborne zubringen beabsichtigt.

[Carl Russells politisches Vermächtniß.] Es liegt uns jetzt ein Abdruck des angekündigten Briefes Carl Russells an den Right Hon. Chichester Fortescue in Pamphletform von 93 Seiten vor. Im ersten Theile wird nach der Vorrede der materielle und physische Zustand von Irland besprochen. Der zweite handelt von den politischen und moralischen Zuständen und im dritten giebt Carl Russell seine Ansichten über die Mittel und Wege kund, welche nach seiner Meinung noch von dem jetzigen Parlament in der gegenwärtigen Session in Bezug auf die Befreiung der Beschwerden Irlands eingeschlagen werden sollten. Der ganze Brief ist eine Art politischen Vermächtnisses Russells an seine Partei und deren künftigen Führer Mr. Gladstone.

[Spanisches.] Telegraphisch wird aus Dublin über den Ausgang des Preßprocesses gegen Mr. Sullivan, den Herausgeber der „Weekly News“, berichtet, daß, nachdem für die Krone der Attorney-General und der Solicitor-General die Anklage wegen Aufreizung zu Misstrauen und Verachtung gegen die Regierung begründet, dagegen Anschläge gegen die Pressefreiheit entschieden in Abrede gestellt hatten, der Vertheidiger auf der andern Seite gerade das letztere Moment in den Vordergrund stellte und den Angeklagten von der Anklage aufrechterhaltender Absichten zu reinigen suchte. Der Richter empfahl den Geschworenen, ihr Augenmerk auf diesen Punkt (das Vorhandensein einer solchen Absicht) zu richten und dieselben erklärten nach einiger Beratung Sullivan für schuldig. Heute wird die Procedur gegen Mr. Pigott, den Redakteur des „Freishman“, beginnen. — Das Urtheil gegen Sullivan wird am 20. gesprochen. — In Cork wurde wieder eine Verhaftung vorgenommen. Man befürchtet einen Versuch zur Befreiung Madbagy's.

[Peabody's], des reichen Amerikaners, Stiftung für die Armen Londons hat bis jetzt die gewünschten Resultate erzielt. In den für angelegten Häusern herrscht Reinlichkeit und Gesundheit. Schon

findet sie von 1583 Personen bewohnt und trotz der mäßigen Mietzinsen hat sich das Anlagecapital von 150,000 £ auf 170,000 £ vermehrt.

Provinzial - Zeitung.

Über das Vorkommen von Augen-Verletzungen bei Metallarbeitern und über eine neue Art von Schuhbrillen.

Nach Untersuchungen an 1283 Breslauer Fabrikarbeitern.

Bon
Dr. phil. et med. Hermann Cohn,
Augenarzt in Breslau.
(Schluß.)

X. Glimmerschuhbrillen für Metallarbeiter.

Bläue Conservationsbrillen trugen nur 21 der schwer Verletzten, Converbrillen 30 Weitsichtige und 1 Nebersichtige. Keiner der übrigen 1231 Fabrikarbeiter war mit einer Schuhbrille bewaffnet. So oft die Handwerker auf die Gefahr aufmerksam machte, der sie täglich ihr Auge aussehen und sie fragte, warum sie keine Schuhbrillen trügen, so erhielt ich immer dieselben 3 Antworten: 1) die Brillen zerbrechen zu leicht; 2) die Brillen incommodiren, weil sie zu schwer sind; 3) die Brillen sind zu theuer.

Wollte ich also den so massenhaften und häufig genug so folgenschweren Augenverletzungen vorbeugen helfen, so mußte ich darauf hinweisen, eine Brille zu konstruiren, die die genannten drei Nebelstände nicht besaße, und ich glaube dieses Ziel erreicht zu haben.

Die in neuester Zeit in den Handel gebrachten unzerbrechlichen Lampen-Cylinder aus Glimmer führten mich auf den Gedanken, dieses Mineral zu Schuhbrillen zu benutzen.

Ich veranlaßte daher Herrn Fabrikanten Max Raphael in Breslau (Bahnstraße Nr. 10), der ein großes Lager von Glimmer besitzt, die Herstellung von Glimmerschuhbrillen zu veruchen. Diese Versuche fielen so günstig aus, daß sich Herr Raphael durch die geschickte technische Ausführung der neuen Brillen ein wesentliches Verdienst um die Lösung der vorliegenden Frage erworben hat.

Die Glimmerschuhbrillen sind gebogen, wie die Gläser der französischen Überbrillen, und bedecken nicht blos, wie die gewöhnlichen Converbrillen, den vorderen Theil des Augapfels, sondern legen sich in ihrer Messingeingriffung genau dem vorderen knöchernen Rande der Augenhöhle an, so daß von keiner Seite ein Splitter an den Augapfel gelangen kann und dennoch die Wimpern nicht das Glimmerglas streifen. Das Gestell ist aus dünnen Messingdraht, dem leicht jede nötige Biegung mit der Hand gegeben werden kann. Die Bügel sind am Rande der Messing-Brillen der Glimmerschuhbrillen festgelötet und haben keine Charniere, damit die Brillen möglichst billig sei.

Da für diese Schuhbrillen nur die reinste Glimmersorte verwendet wird, so steht man durch sie so gut, als durch Glas. Einen Stich ins Hinterauge hat aber jede Glimmersorte, und eine unbedeutende Graufärbung der Objekte ist natürlich die Folge. Dieselbe hindert aber nicht ein normales Auge, auf dieselbe Entfernung mit der Brille ebenso scharf, als ohne diese zu sehen, wie ich mich mehrfach durch den Bericht überzeugt habe.

Für Handarbeiter, z. B. Schmiede und Gießer, ist übrigens diese leichte Befreiung des grellen Lichtes gewiß nur vortheilhaft; für die Augen der anderen Metallarbeiter ist sie nicht vortheilhaft.

Die Glimmerschuhbrillen haben aber außer dem Umstande, daß sie das ganze Auge schützen, noch folgende große Vortheile:

1) Sie können nicht zerstochen werden. Gewaltige Hammer-schläge von der wütigen Faust eines breitschulterigen Schmiedes gegen die Brille führt, vernichtet nur die Glimmerschuhbrille, läßt die übrigen Brillen intakt.

2) Die Glimmerschuhbrillen sind fast noch einmal so leicht, als die Glasbrillen.

3) Die Glimmerschuhbrillen sind fast noch einmal so leicht, als die Glasbrillen.

4) Die Glimmerschuhbrillen kosten den fünften Theil der Glas-

brillen; eine französische Überbrille wiegt 13,9 Gramm, eine Glimmerschuhbrille nur 7,5 Gramm. Dabei genügt sie die Bewegungen des Auges und die freie Orientirung nach allen Seiten des Gesichtsfeldes gar nicht, während dies wohl bei den Schuhbrillen der Fall ist, deren sich mitunter die Arbeiter, z. B. in den Werkstätten der kgl. Oberfeuerwehr, Eisenbahn beim Gießen von Compositions-metall, bedienen, und die nur den Blick grade aus gestatten, da die seitlichen Theile der Augen durch die breite Ledereinfassung der Brille verdeckt werden.

5) Die Glimmerschuhbrillen halten das Auge der Feuerarbeiter kühl, da der Glimmer ein schlechter Wärmeleiter ist.

6) Die Glimmerschuhbrillen kosten den fünften Theil der Glasbrillen; eine französische Überbrille wiegt 13,9 Gramm, eine Glimmerschuhbrille hingegen nur 7,5 Gramm.

Ganz abgesehen von den Schmerzen und den, wie wir oben sahen, oft bleibenden Schäden für das Sehvermögen, von den Kosten für Arzt und Medizin und von den Arbeitsverlusten, die für den einzelnen Professionisten mit einer Augenverletzung verbunden sind, liegt es auch im Interesse der Kranken- und Unterstützungs-kassen der Fabriken und Zinnungen, Schuhbrillen für die Metallarbeiter anzuschaffen.

Nach Erkundigungen, die ich in den hiesigen Werkstätten einzog, zahlen die Kranenkassen den Arbeitsunfähigen Kranengeld in verschiedener Höhe, meist die Hälfte des Arbeitslohnes, oft wenn das Leiden länger Zeit dauert, noch eine besondere Unterstützung aus der Hilfskasse; ich greife daher gewiß eher zu niedrig, als zu hoch, wenn ich das durchschnittliche Kranengeld, das die Kasse einem Arbeitsunfähigen pro Tag bezahlt, mit 10 Sgr. annenne. Es hatten demnach die Kranenkassen der von mir untersuchten Fabriken folgende Ausgaben für Augenverletzte:

Fabrik.	Arbeitsunfäh
---------	--------------

(Fortsetzung.)
diesem Winter im Musikaale der lgl. Universität wird Herr Prof. Dr. jur. Everett halten und „über die Freundschaftsverhältnisse Friedrichs des Großen“ sprechen.

** [Fräulein Weber-Kukula] trat gestern in „Maurer und Schlosser“ als neu engagiertes Mitglied auf. Ihre „Madame Bertrand“ ist seit Jahren eine so anerkannte Leistung, daß wir darüber kein Wort zu verlieren brauchen. Die beliebte Sängerin wurde von dem Publikum sehr warm empfangen und im Verlaufe der Darstellung durch allgemeine und lebhafte Beifallsbezeugungen auszeichnet.

△ [Liedertafel.] Der akademische Gesangverein Leopoldina hatte gestern in Springers Concerta eine Hoffnungsauflösung veranstaltet; Julius Otto's musikalisch-dramatischer Schwank: „In Schilda“ wurde zu allgemeiner Belustigung in Scene gesetzt; die Handlung führt uns den Rathausbau und den Verlust der Bürger, in Säulen Sonnenlicht in das ohne Fenster gebaute Haus zu tragen vor. Die Hauptpersonen Ferdinand Ortez, Bürgermeister, Turmabot, sein Sohnelein, Herr v. Klempermann, Dresdner Liedertäfer und Nachtwächter Wolfgang v. Eschenbach errangen oft wohlverdienten Beifall. Der erste Theil des Programms bot das deutsche Schauspiel (Schuppert), Abendseide (Alt), Bineta (Alt), Schiffers Traum (Alt), Abendstunden (F. Mendelssohn-Bartholdy). Wie gewöhnlich war der Saal fast überfüllt, wobei der beste Beweis, in welcher Kunst bei Jung und Alt die humoristischen Aufführungen des akademischen Gesangvereins stehen.

Die gefeierte Soiree des Schulischen Instituts für Unterricht im Clavierspiel bewies abermals der zahlreichen Zuhörerschaft durch überraschende Erfolge die Vortrefflichkeit der Organisation jener Anstalt. Wurden von meist noch sehr jugendlichen Schülern verschiedene Tonstücke außerst exact vorgetragen, wie z. B. Rondino von Wagner, Jagdszene von Spindler, eine Sonate von Kubla, Gondellied (Fis-moll) von Mendelssohn und die viel schwierigeren, wie Mazurka von Siebmacher, Duett von Mendelssohn, Traumeriech von Chopin, la source von Blumenthal, la gondola von Hensel, Ciklos-Galopp von Voß u. c. Das Zusammenspiel der Schüler auf mehreren Instrumenten als solches war gut. Es wechselte mit ebenso lobenswerten Solo-Vorträgen, von denen wie die Fuge für 2 Claviere von Mozart, eine Etude in As dur von Chopin und Valse-Caprice von Liszt namentlich erwähnen. Der Vortrag einer Sonate mit Violinbegleitung (D-dur) von Beethoven gewährte eine angenehme Abwechslung. Die Violinpartie hatte Herr Tonkünstler Lehner freundlich übernommen. Im Publikum gab sich eine große Zufriedenheit mit den Leistungen.

[Von der Oder.] Der Strom ist seit gestern Nachmittag im langsam fallen begriffen und zeigte heute Morgen der Oberpegel 17' 6" Mittags 17' 5". Der Unterpegel 5'. Gestern Nachmittag wurde vom Glarenbewerbe nach der Dombrücke hin, die Eismasse durchbrochen und waren bis Abends 8 Uhr die bis an die sächsisch-sächsische Rendenz aufgehürrten Eismassen abgeschwommen, so daß nunmehr der Eisgang für Breslau kein sein dürfte. Es ist hauptsächlich den Anordnungen des Hrn. Baurath Raumann zu danken, daß während des Eisgangs weder Schäden an den städtischen Brücken noch Gefährdungen von Schiffen vorgekommen sind. — Nachdem nur die Oder unterhalb ganz frei vom Eis ist, entwickelt sich die Schiffsahrt immer mehr und fast jede Stunde schwimmenden beladenen Kahn von hier ab. — Von Neusalz werden 6, von Döbelitzig 2 mit Dachpappe beladenen Kahn hier erwartet, ebenso 2 mit Zinkblech aus Ohlau. Die Schiffer Stephan und Wilhelm Großer verladen morgen 3000 Thlr. Rohzucker nach Hamburg.

+ [Feuer.] In dem Hause Schuhbrücke Nr. 61 wurde heute Vormittag 10 Uhr der in dem vorigen Petroleum-Geschäft des Kaufmann Wurm bedienten Haushalter nach den gewölbten Kellerräumen geschickt, um einige in Stroh verpackte Glasylinder herauszuholen. Bei dieser Gelegenheit entfiel ihm die Laterne und entzündete sich an dem herausgestürzten Talglicht das umhergestreute Pachtstroh, das bald in lichten Flammen ausfloberte. Zugleich lagerierten in denselben Kellerräumen noch 36 leere Petroleumfässer, aus denen die übrig gebliebenen Reste ausgekippt waren und eine annehmliche Pfütze gebildet hatten, an der die Flammen hinlangliche Nahrung fanden. Die eiligst herbeigezogene Feuerwehr bejüngte schnell jede weitere Gefahr, und wurde namentlich ein mit Petroleum gefülltes, ungefähr 2 Barrels haltendes Fass aus dem Keller gehoben. Nach anderthalbstündiger Thätigkeit konnte die Feuerwehr, da nichts mehr zu befürchten stand, wieder die Brandstelle verlassen.

[Feuer.] Die Hauptfeuerwache rückte heute Nachmittag 5 Uhr nach dem Grundstück Nummer Nr. 44, woselbst im ersten Stockwerk ein Balkenbrand ausgebrochen war, der aber nach Entfernung eines Kuchenofens bald gelöscht wurde.

+ [Das Unwesen der Drehorgelspieleri], von welchem das Publikum allabendlich belästigt wurde, ist jetzt Dank den umfassenden Bemühungen seitens unseres Herrn Polizei-Präsidenten, Hrn. v. Ende, in dem Innern der Stadt Breslau vollständig abgeschafft, indem seit Anfang dieser Woche sämtlichen hiesigen und fremden Leiermännern eröffnet worden ist, daß sie ihr Gewerbe nur in den Vorstädten des hiesigen Stadtbezirks, also mit Ausschluß der zwischen dem Stadtgraben und der Oder, bezüglich Oble, belegenen Stadttheile, und zwar nur in den Wintermonaten von 4 Uhr Abends, und in den Sommermonaten von 6 Uhr Nachmittags ab, betreiben dürfen. Die auf Grund der allerhöchsten Gabinettsordre vom 14. October 1833 von dem Polizei-Präsidium für die hiesige Stadt zu erhstellenden Erlaubnisscheine an Drehorgelspielern werden mit Beugungnahme auf die Verfügung der lgl. Regierung, Abtheilung für directe Steuern, Domainen und Forsten, und Abtheilung des Innern vom 30. December 1867 von jetzt ab nur in obenstehender Fassung redigirt. In diesen Erlaubnisscheinen ist den Drehorgelspielern nicht nur das Spielen im Bereich der Stadt für immer untersagt, sondern sie dürfen ihr Gewerbe nur selbst ausüben, ohne daß eine Stellvertretung durch Angehörige oder durch Fremde zulässig ist. Ferner darf ein solcher Schein, bei Verlust desselben, nicht an andere Personen beliehen, abgetreten, oder auf irgend eine Art überlassen werden, sowie das Halten eines Gehilfen zum Transport der Drehorgel einer besonderen polizeilichen Erlaubnis bedarf. Unter Androhung einer ein- bis zweitägigen Gefängnisstrafe ist den Drehorgelspielern verboten, unaufgerufen in Privathäuser, oder ohne Erlaubnis des Wirths in Gasthäuser einzutreten, um ihre Dienstleistungen anzubieten und ihr Gewerbe auszuüben. Allen fremden Drehorgelspielern, welche Hausratscheine ohne die obenerwähnte Klausel besitzen, wird von jetzt ab bei Erteilung der Erlaubnis zur Ausübung ihres Gewerbes am hiesigen Orte jedesmal die Einschränkung auferlegt, daß dies nur in den Vorstädten zulässig ist.

Ss. Neumarkt, 18. Februar. [In unserer letzten Stadtverordnetensitzung] wurde der Antrag wegen Verkauf des der Commune gehörigen Gutes Schlaupé auf die nächste Sitzung verlegt. Über diesen Antrag ließe sich folgendes sagen: Als im Jahre 1850 der damalige Pächter des Gutes in unangenehmer Lage war, sollte in einer dazu anberaumten Sitzung der Stadtverordneten Beschluss gefaßt werden, was zu thun sei? Inzwischen hatte sich der jetzige Pächter Hr. Goldbach mit dem damaligen in Unterhandlung gesetzt, daß Hr. Goldbach dem Letzteren ein Abstandsgeld für die noch 2 Jahre dauernde Pachtzeit zahle und das ihm gehörige Inventarium mit übernehme, wenn ihm von den Stadtverordneten nach Abschluß der 2 Jahre ein Pachtprolongation von 12 Jahren bewilligt werde. Es gelang, die Majorität der Verordneten für den gestellten Antrag zu gewinnen, wodurch dem damaligen Pächter die nambaste Abstandsumme zu Gute kam, und der Commune auf die Zeit von 14 Jahren jede Verfügung über das Gut verloren ging. Das Pachtgeld von 1360 Thlr. jährlich für 700 Morgen Areal, wobei Pächter noch den Kreisbach zu verpachten hat, steht nun freilich in seinem Verhältniß mit dem Preise, welchen jetzt ähnliche Güter haben und so ist aus dem Magistrats-Collegium der Antrag an die Stadtverordneten gelangt, das Gut zu verkaufen. Einige Jahre nach der damaligen Prolongation wurde eine Fläche, des zu dem Gute gehörigen Forstes von 80 Morgen abgetrieben und zu Aderland an kleine Besitzer verpachtet, welche Verpachtungen jetzt einen Ertrag von über 800 Thlr. ergeben. Durch dieses Ergebnis hat nun der damals schon gestellte Antrag auf Parzellierung an Bedeutung gewonnen, und es ist vorauszusehen, daß bei weiterer Parzellierung der dreifache Betrag des jetzigen Pachtpreises erzielt werden und Schlaupé sich zu einer wohlhabenden Gemeinde erheben würde. Der auf Verkauf des Gutes gestellte Antrag hat in der Bürger-

schaft große Aufregung hervorgerufen. Alte Bürger sagen, daß es nach den Kriegsjahren von 1813—15, wo die Commune eine Summe von 70,000 Thlr. zur Tilgung der Kriegsschulden beizutragen hatte und diese auch bezahlt hat, es Niemandem eingetragen sei, Schlaupé zu verkaufen. Da nun noch dazu kommt, daß der jetzige Pächter für seine noch dauernde Pachtzeit ein Abstandsgeld von jährlich 1200 Thlr. zu fordern gedenkt, so ist wohl zu hoffen, daß die Stadtverordneten-Verammlung diesen Antrag reißlich prüfen dürfte.

^ [Schweidnitz, 20. Februar. Aus der Stadtverordneten-Sitzung.] Die letzte Sitzung der Stadtverordneten nahm auf Grund der Vorlagen des Interesses eines großen Theils des Publikums in Anspruch; auf der Tribüne hatte sich daher eine nicht unbedeutende Anzahl von Zuhörern eingefunden. Die Erwartungen derselben dürften indeß nicht ganz befriedigt worden sein. Sie hatten sich meistens in der Vorauflösung eingefunden, daß die Frage, ob in Folge der Auflösung, welche das Abgeordnetenhaus an die Königliche Staatsregierung gerichtet hatte, für das Jahr 1869 eine Vorlage zur Besetzung des Mabs- und Schlachtfelder vorzulegen, der Bau der neuen Controllhäuser an den äußersten Grenzen der Vorstädte zu fixieren sei, nochmals ventiliert werden und eine nochmalige Diskussion darüber eingeleitet werden würde, ob es nicht zeitgemäß zu erachten sei, die Mabs- und Schlachtfelder, die zur Zeit nur für den inneren Stadtbezirk bestehen, auch dort abzuhauen. Ein darauf bezüglicher von einigen Stadtverordneten gestellter Antrag war auf die Tagesordnung gestellt worden. Die Zuhörer fanden sich aber in ihrer Vorauflösung getäuscht. Der Antrag wurde von den Petenten halb und halb zurückgezogen und die Stadtverordneten lehnten, da mit der Königl. Staatsbehörde die Unterhandlungen wegen des Neubaues der Controllhäuser bereits im Gange sind, eine abermalige Besprechung des principiellen Theils der Frage ab. Es fehlte bei dieser ersten Erörterung nicht an erheiternden Momenten. Inzwischen wird, wie bereits berichtet worden, Seitens vieler Bewohner der inneren und äußeren Stadt eine Petition an die Kommunalbehörden zum Zwecke der Abschaffung dieser Steuer colportiert. — Der gedruckte Communal-Berwaltungs-Bericht für das Jahr 1866 befand sich bereits in den Händen der Stadtverordneten. Mehrfache Interpellationen um Aufklärung einzelner Momente in der Darstellung wurden an die Vertreter der Communal-Berwaltungs-Behörde gerichtet. — In Betreff der Seitens der Königl. Staatsbehörde an die Stadt gezahlte Summe für Ausgleichung der Grundsteuer wurde beschlossen, das Capital Zins auf Zins anzulegen, um so die für den Neubau eines städtischen Kranken- und Arbeitshauses nötige Summe im Verlauf einer Reihe von Jahren zu gewinnen. — Wie in zwei früheren Sitzungen den städtischen Beamten, deren Einkommen die Summe von 200 Thlr. nicht übersteigt, für den laufenden Winter eine Theuerungszulage von 10 Thlr., denen, deren Einkommen sich in der Höhe zwischen 200 bis 500 Thlr. bewegt, eine solche Zulage im Betrage von 20 Thlr. gewährt worden war, so wurden in der letzten Sitzung der Stadtverordneten auch die Lehrer und Lehrerinnen an den städtischen Elementarschulen und an der ev. höheren Töchterschule nach gleichem Verhältniß mit Theuerungszulagen bedacht.

■ [Trebnitz, 20. Febr. Zur Tages-Chronik.] Der am 17. und 18. d. M. hier selbst abgehaltene Krammarkt war wegen des schlechten Wetters weder von Handelsleibenden noch von Kaufmännern zahlreich besucht. Auf dem Viehmarkt waren aufgetrieben 163 Pferde, 780 Stück Rindvieh und 633 Schweine. Die Preise von letzteren Vieharten wurden besonders hoch gehalten. — Die Sammlungen für die Notleidenden in Ostpreußen nehmen einen erfreulichen Fortgang. Außer nicht unerheblichen Naturalien waren bis zum 14. Februar bei der Kreis-Communal-Kasse eingegangen 1317 Thlr. 12 Sgr. und außerdem wurden von dem Magistrat die bei diesem eingegangenen Gaben in Höhe von 284 Thlr. 27 Sgr. 6 Pf. an den Hilfs-Verein zu Berlin abgesendet. Nachdem bereits ein von dem Missionsdirektor Heine veranstaltetes Concert am 30. Januar stattgefunden, ergab eine Theater-Vorstellung am 13. d. M. einige und 70 Thlr. und ein durch Hrn. Kantor Stark am 16. d. M. gegebenes Concert, welches sich allgemeinen Beifalls erfreute, hat einige und 80 Thlr. eingebracht, welche von ihm weiter befördert worden sind. Die Müller-Jungfrau steuerte aus ihren sehr bescheidenen Mitteln 25 Thlr. und die Lehrer sammelten in den Schulen, auch die Dienstmädchen veranlaßten Sammlungen. — Wie an anderen Orten, so wird unter den Armeren die Theuerung der ersten Lebensmittel schwer empfunden und es wäre recht nothwendig, daß das Frühjahr nahen möchte, damit die Arbeiter, welche auf die Arbeiten im Freien angewiesen sind, lohnende Beschäftigung finden möchten.

= ch = [Oppeln, 20. Febr. Wichtige Verkehrserleichterungen bezüglich der Kinderpest.] Da amtslichen Nachrichten und Ermittlungen infolge die Kinderpest in Österreichisch-Schlesien erloschen ist und auf dem Grenzuge von Oświęcim bis Oderberg die Seuche sich mindestens 5 Meilen und weiter von der doppelseitigen Landesgrenze entfernt in das österreichische Gebiet zurückgezogen hat, so hat sich die königliche Regierung hier selbst nunmehr veranlaßt gesesehen, für denjenigen Theil der Landesgrenze, welcher die Kreise Beuthen, Pleß, Rybnit, Ratibor, Leobschütz, Neustadt und Neisse von dem benachbarten Auslande scheide, die Bestimmungen des § 2 der Verordnung vom 27. März 1836 (Ges. S. p. 173) in Kraft zu setzen. Indem wir bezüglich des speziellen Inhalts des gedachten § auf die desfallsige Amtsblatt-Bekanntmachung, resp. auf die allegierte Stelle der Gesamtverweise, bemerken wir nur im Allgemeinen, daß danach unter gewissen dort genau vorgeschriebenen Bedingungen fortan wieder Rindvieh (nach 2-tägiger Quarantaine u. c.) Schwarz- und Wollvieh (nach vorheriger Reinigung u. c.), Kinderhunde und Därme, Knochen und Hörner, unbearbeitete Wolle und thierische Haare (exc. Borsten) (diese letzteren beiden nur in Säcken und Ballen verpakt), geschnöseltes Talg und das sogenannte Wampatall an bestimmten Punkten über die Landesgrenze eingehen dürfen. Ungefährmolzes Talg und frisches Rindfleisch werden zurückgewiesen. — Für denjenigen Theil der Landesgrenze aber, welcher die Kreise Lubliniz, Rosenburg und Treuburg von dem benachbarten Auslande scheide, treten bis auf Weiteres bereits die Bestimmungen des § 1 a. o. in Kraft, welcher nur die Einbringung von Rindvieh der Steppen-Race (podolischen Vieh) in die östlichen Provinzen des Staates im Auge hat und feststellt, daß dieselbe zu keiner Zeit auf anderen Punkten, als durch bestimmte mit Quarantaine-Institutionen versehene Einfahrt-Orte über die Landesgrenze und nur dann erfolgen kann, wenn das Vieh nach 2-tägiger Quarantaine gesund befunden worden ist. Näheres hierüber besagt die Amtsblatt-Bekanntmachung. Die Grenze für die drei genannten Kreise ist somit dem übrigen Verkehr völlig freigegeben. — Die königliche Regierung hat außerdem in Folge des Erlasses der Kinderpest im doppelseitigen Bezirke Veranlassung genommen, die Polizeiverordnung vom 13. November v. J., betreffend das Curiren von erkranktem Vieh in den Kreisen Ratibor, Leobschütz und Cösl. wieder aufzuheben und ebenso hat dieselbe die anderweitige Polizeiverordnung vom 8. November v. J., betreffend die Anlegung von Hornvieh-Registers und die Anzeige, Abmeldung des veränderten Hornvieh-Bestandes durch sämtliche Hornvieh-Besitzer des Reg.-Bezirks, für die Kreise Oppeln, Görlitz, Falkenberg, Grottau, Groß-Strehlitz und Laut-Gleiwitz aufgehoben. Für die Kreise Treuburg, Rosenberg, Lubliniz, Beuthen, Pleß, Rybnit, Ratibor, Leobschütz, Neustadt und Neisse bleibt jedoch diese Polizeiverordnung bis auf Weiteres noch zu Recht bestehen.

[Notizen aus der Provinz.] * [Görlitz.] Seit dem 20. d. M. wird, wie die „Nied. Ztg.“ meldet, ein hiesiger Productenhändler vermisst, dem man eine Menge Beträgerien u. c. zur Last legt. Unter Anderen hatte denselbe Auftrag, für ein Berliner Haus ein größeres Quantum Getreide einzukaufen. Nachdem er unter Beifügung eines mit Siegel und Unterschrift der hiesigen Bahnhofs-Güter-Expedition versehenen Einlieferungsscheines seine Committenten von der Verladung des Getreides in Kenntniß gesetzt, erhielt er das Geld dafür, etwa 1000 Thlr., gelandt. Es stellte sich jedoch heraus, daß der Einlieferungsschein falsch und gar kein Getreide abgeendet war.

+ [Bunzlau.] Das hiesige Rettungs-haus für sittlich verwaiste Kinder besteht seit 26 Jahren und fanden darin 82 Kinder, welche dem geistigen und leiblichen Verderben meistens verfallen oder doch preisgegeben waren, Aufnahme, von denen 66 dasselbe verließen, während sich gegenwärtig 16 noch darin befinden. Ein erfreuliches Resultat der rettenden Arbeit ist, daß der Verein von all diesen nur 2 als seinem Werke verloren gegangen zu beklagen hat, die, nachdem sie das Haus verlassen, durch verbrecherische Handlungen dem Gefängnis verfielen. Die Laufbahn des einen von diesen, Speer aus Bunzlau, schildert der hiesige „Nied. Courier“ folgendermaßen: Dem hiesigen Rettungs-haus entlaufen, hatte er sich längere Zeit in verschiedenen Ländern Deutschlands, theils vagabund, theils arbeitend umhergetrieben, war über Holland nach England gekommen, wo er noch die Schuhmacherei erlernte und dann zur See ging, nach verschiedenen Seaplänen Europa's, selbts nach Afrika und Asien gelangte. Man wußte in Bunzlau durch mehrere Jahre nichts von seinem Verbleib. Da tauchte er auf einmal im deutschen Vaterlande (irren wir nicht, in Braunschweig)

wieder auf. Von dort kam eine Nachfrage der Gerichtsbehörde an die hiesige als seine Heimathsbehörde, denn unter ic. Speer hatte das siebente Gebot übertragen und wurde zu 8 Wochen Gefängnis verurtheilt. Nach einiger Zeit traf wieder Kunde von ihm ein auf amtlichem Wege. Sp. hatte versucht — oder sagen wir, sollte versucht haben, denn er wurde freigesprochen — als Baron von so und so (der Name ist uns entfallen) sich einen Credit zu eröffnen. Nicht lange darnach sah die Heimath ihr mißrathenes Kind wieder; Sp. traf hier ein, befürchtete den von ihm nicht vergebenen Herrn Pastor Krebschmer, dem er u. A. auch offenbart, daß er, obwohl über 20 Jahre alt, noch nicht confirmirt sei und daß er um ein ordentliches bürgerliches Leben zu führen, doch auch confirmirt sein möchte. Sp. nahm Arbeit bei einem biedigen Schuhmachermeister, um so nebenbei den gewiß noch sehr bedürftigen christlichen Religions-Unterricht bei dem genannten Herrn Geistlichen zu bekommen. Ein schöner Gedanke, aber es kam anders: schon nach kurzer Zeit erhielt Herr Pastor Kr. von dem Confirmanden Sp. die briesische Anzeige, daß er sich eines Andern bedacht habe, er verläßt Bunzlau und dankt für den guten Willen. Der Bedauernswerte verschwand wieder und außer der Kunde, daß ein weißliches Wesen, das er in Schweidnitz am Correctionsorte kennen gelernt, ihm die Hand zum Chebende reichen wolle, hat man hier nichts mehr von dem verlorenen Sohne erfahren.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

Breslau, 21. Februar. [Amtlicher Producten-Brief-Bericht.] Kleesaat, rothe unverändert, ordinäre 11½—12 Thlr., mittle 12½—13½ Thlr., feine 14—14½ Thlr., hofseine 14½—15 Thlr., weiße unverändert, ordinäre 14—15½ Thlr., mittle 16—17½ Thlr., feine 18—19½ Thlr., hofseine 20½—21 Thlr.

Rogen (pr. 2000 Pf.) höher, gel. — Cr., pr. Februar und Februar-März 75½ Thlr. Br., 75½ Thlr. Gld., März-April 75½—76 Thlr. bezahlt und Br., April-May 76½—77—78 Thlr. bezahlt, Mai-Juni —.

Weizen (pr. 2000 Pf.) gel. — Cr., pr. Februar 97½ Thlr. Br., Gerste (pr. 2000 Pf.) gel. — Cr., pr. Februar 57½ Thlr. Br., Hafer (pr. 2000 Pf.) gel. — Cr., pr. Februar 91 Thlr. Br., Rüböl (pr. 100 Pf.) flau, gel. 100 Cr., loco 10½ Thlr. Br., pr. Februar und Februar-März 10½ Thlr. bezahlt, März-April 10 Thlr. Br., April-May 9½ Thlr. bezahlt und Gld., 10 Thlr. Br., Mai-Juni 10½ Thlr. Br., Juni-Juli —, September-October 10½ Thlr. bezahlt.

Die Börse-Commission.

Darmstädter 25. Februar-Loose. Bei der am 15. d. M. stattgehabten Sitzung fielen auf die nachstehenden Nummern die beigesetzten Hauptpreise: 20,000 Fl. auf Nr. 20972, 4000 Fl. auf Nr. 43579, 2000 Fl. auf Nr. 31129, 1000 Fl. auf Nr. 65408, 400 Fl. auf Nr. 28275 und 70883, 200 Fl. auf Nr. 25822 und 92081, 100 Fl. auf Nr. 13152 und 65038.

Vorträge und Vereine.

Breslau, 20. Febr. [Alte städtische Ressource.] In der gestrigen Sitzung der Männerverammlung setzte Herr Dr. Stein seinen Vortrag über Breslau's politische Entwicklung in den letzten 30 Jahren fort. Charakteristisch zunächst den Unterschied des Lebens von 1848 und nachher darin, daß dasselbe vorher sowohl seitens der Regierung als seitens des Volkes ein naives, harmloses gewesen sei, wo die erste das Volk resp. dessen beiderdrängten Unterthaner-Verstand an Wandel glaubte, daß sie bald losgelassen, bald schärfer angezeigt habe, während nach 1848 die Bewegung eine bewußte gewesen und sich danach auch das Verhalten zwischen Regierenden und Regierten gestellt habe. Wenn Börne in seinen „Pariser Briefen“ geradezu gesäumt habe über diese Panoramat und den Druck vermisst habe, der in Frankreich auf der einen Seite eine größere Schätzung des Volkes beweise, auf der anderen dessen Bewußtheit wiede und fordere, so habe das deutsche Volk nach den 40 Jahren sich über eine solche Nichtbeachtung und Gering schätzung nicht zu beklagen gehabt. Den unerwartenen Charakter jener Periode habe auch noch die 1848er Revolution gehabt, die in Schlesien

durch Gründung der „christkatholischen Gemeinde“ forschte. Die Regierung, welche hier ein Mittel erhalten zu haben glaubte, eine Wiederherstellung der 1837er Wirren wegen des Bischofs Droste v. Bischering gegen die katholische Kirche zu üben, und die christkatholische Bewegung als einen Abzweig des Protestantismus ansah, die sich schließlich in diesem verlieren werde, begünstigte dieselbe so lange, bis sie zeigt, daß sie weit über den Protestantismus hinausgehe.

Der Beginn der sozialen Bewegung Breslau's knüpft sich wesentlich an den Namen des Schulamtskandidaten Fr. Wilh. Wolff und dessen Artikel über die „Kasematten in der Sternstraße“, die jetzt zum städtischen Arbeitshaus gemacht, damals Dienstleistungen aufnahmen, welche bei einem Umzug aus irgend einem Grunde obdachlos geworden waren. Den Zustand dieser Räume, ungenügend oder gar nicht gegen die Unbillen des Wetters schützend, feucht, modrig, mit Einwohnerchaft zeitweise überladen, schilderte Wolff (der davon den Namen „Kasematten-Wolf“ erhielt), in einem sehr schwarz geschriebenen Zeitungs-Artikel, der die Censur unbedingt passiert hatte, weil man eine so scharte Kritik gegen die Communalbehörden regierungsetätig gen sah, um diese als ungeeignet für Herstellung des Gemeindewohls darstellen zu können. Der Artikel Wolff's und die sich daran knüpfende Polemik machte Aufsehen und veranlaßte die Bildung des „Vereins zur Erziehung der Kinder der Proletarier“, nein, so durfte er nicht heißen, weil dies Wort an die sozialistischen Bestrebungen Proudhon's u. a. Franzosen erinnerte, also ward die Genehmigung erst ertheilt, als er in Verein zur Erziehung hilfloser Kinder umgetauft worden war (wie er zur Zeit noch heißt). Seit 1846 hatte sich auch hier in der „Stadt Freiburg“ ein Arbeiterverein gebildet, wo über die ungerechte Verteilung von Arbeit und Genuss debattirt wurde. Im Jahre 1848 u. f. wurde Wolff, der ein Volksredner, hinreichend und bekannt mit den bürgerlichen Verhältnissen, wie Keiner, als Agitator in die Landkreise von demokratischen Vereinen gesandt. Der Notstand der Weberdistrikte, der 1848 auch über öffentlichen Erörterung und Kenntnis kam und mit den Aufständen in Peterswalde endete, lenkte das Auge der Regierung auf diese Zustände, die darin die Folgen von Agitationen und Verschwörungen seihen, den als Vertheidiger, Demokrat und wieder Polizeibeamter ic. bekannten Polizei-Commissarius Stieber in den Hirschberger Kreis sandte, um Verschwörungen aufzuhüten. Er führte sich bei Fabrikant Schlossel in Eichberg ein. Schlossel's Verhaftung, eines ansässigen, wohlhabenden Mannes, erregte damals das ungeheure Aufsehen; eine Deputation der hiesigen Communalbehörden erwirkte seine Freilassung, der jedoch alsbald seine Aufführung nach der Berliner Haussvoigtei folgte, aus der Schlossel nach dreimonatlicher Unterforschungshaft, nach Vertheidigung durch den hiesigen, seit Jahren verstorbene Justizrat Gräff, als unschuldig entlassen wurde; ein armer Unglücksgenosse hatte sich gehangen! Solche Zustände, in Verbindung mit der stets fortziehenden Entwicklung der Gedanken, zeigte dem auferkommenden Blide das unaufhaltbare Heraannahmen eines Umschwungs. Anders muß es werden! war das allgemeine Bewußtsein; bis auch in einer Männerversammlung der stadt. Ressource die übliche Beantwortung communaler und anderer Fragen durch die Nachricht von der französischen Februar-Revolution unterbrochen wurde.

Seitdem sind viele der Ideen, für die damals gekämpft wurde, ins Leben getreten. Wenn aber auch die Macht der Ideen endlich jeden Widerstand breche, mit dieser Mahnung schloß Redner den Vortrag, so dürfe doch Niemand die Hände in den Schoß legen, da jener Sieg nur durch die Selbstthätigkeit der Bürger für jene Ideen errungen werden könne!

Nachdem der Vorsitzende des Abends Herr Orthmann Herrn Dr. Stein für den Vortrag gedankt und um Fortsetzung gebeten hatte, wurde die Versammlung geschlossen und angezeigt, daß auf Beschluß des Vorstandes die im Fragestaat vorfindlichen Fragen vertagt werden, weil die Probe des Fastnachtsspiels die noch übrige Zeit in Anspruch nehmen würde.

Telegraphische Depeschen

aus dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau.

Berlin, 21. Febr. [Abgeordnetenhaus.] Der Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung und Auflösung der gewerblichen Berechtigungen in den neuen Landestheilen, ausgenommen die vorwärts bayerischen und hessen-homburgischen Gebiete, wurde nach dreistündiger Debatte in der Fassung der Commission angenommen. Das Amendement Bähr, der Fiskus solle die fiskalischen Berechtigungs-Inhaber entschädigen, wurde vom Handelsminister

Die Verlobung unserer einzigen Tochter Minna, mit dem Kaufmann Herrn Adolf Möschke in Grünberg, beeindruckt uns, unseren Freunden und Verwandten ergebenst anzuseigen. [2553]

Bernstadt, den 20. Februar 1868.

Carl Scheer und Frau.

Minna Scheer,
Adolph Möschke,
Bernstadt. Verlobte. Grünberg.

Die Verlobung unserer Tochter Auguste, mit dem Kaufmann Herrn Salomon Keiler, beeindruckt uns, Verwandten und Freunden statt besonderer Meldung ergebenst anzuseigen. [2558]

Louis Bendix und Frau.

Krotoschin.

Auguste Bendix,
Salomon Keiler,
Verlobte.

Als Verlobte empfehlen sich:

Anna Gerstmann, [862]

Fritz Gabel.

Dels i. Schl. Schönau i. Schl.

Als Neuvermählte empfehlen sich:

Simon Basch, [2555]

Hélène Basch, geb. Kemynier.

Vorlesung i. Schl., den 18. Februar 1868.

Als Neuvermählte empfehlen sich:

Mar Wohlauer,

Franciska Wohlauer, geb. Löwenstädt.

Gleiwitz, den 21. Februar 1868. [2544]

Die heute erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau Charlotte, geb. Friedländer, von einem muntern Kuaben beeindruckt mich Freunden und Bekannten hierdurch ergebenst mitzuteilen. [2545]

Breslau, den 21. Februar 1868.

Gustav Bachwald.

Allen Freunden und Bekannten statt besonderer Meldung die Anzeige, dass unser liebes Töchterchen Marie heute Nachmittag sanft entschlafen ist. [2554]

Breslau, den 21. Februar 1868.

Professor Dr. Spiegelberg

und Frau.

Heute Morgen 5 Uhr verschied nach langjährigem schweren Leiden unser thoren Sohn, Bruder und Schwager Max Mamroth, im Alter von 24½ Jahren. Dies allen Verwandten und Freunden statt besonderer Meldung. [2537]

Breslau, den 21. Februar 1868.

Die Hinterbliebenen.

Beerdigung: Sonntag Nachm. 1/3 Uhr.

Todes-Anzeige.

Heute Abend 8 Uhr verschied nach

kurzen Leiden unser guter Gatte, Vater, Großvater und Schwiegervater, der Kaufmann Simon Kasz, im Alter von 73 Jahren zu einem besseren Jenseits. [861]

Tod, den 20. Februar 1868.

Die Hinterbliebenen.

Beerdigung: Sonntag Nachm. 1/3 Uhr.

6. Auflage!!

Eben erschien und ist bei Trewendt & Gra-

nier in Breslau vorrätig: [1883]

H. Dennstedt, Polizei-Hauptmann,

Herrschaft und Gesinde

in ihren rechtlichen Beziehungen zu einander,

zu Polizei- und Gerichtsbehörden. 10 Sgr.

Antwort auf den Brief vom 6. November

v. J. ist poste restante Ohlau abzuholen.

Mervöses Zahnuß wird augen-

blicklich gestift durch Dr. Graf-

ström's schwedisches Zahnußwasser

a Flacon 6 Sgr. edt. zu haben in

Breslau b. Heinr. Lion, Büttnerstr.

24, H. Büttner, Ohlauerstr. 70.

Am 24. Februar

beginnt die Ziehung d. 2. Kl. der Regl.

Preuß. Osnabrücker Lotterie.

Zur Beteiligung mit kleinen Be-

tragen offeriert Anteillose in gehei-

Form: [1843]

1/2 pr. 2. Kl. 2 Thlr. 5 Sgr. f. alle 5 Kl. 5 Thlr.

1 " 5 " " 2 1/2 "

1/2 " 18 " " 1 1/2 "

Nach Auswärts am billigsten pr.

Postann. zu beziehen aus

Schlesinger's Lotterie-Agentur,

Breslau, Ring 4.

Die Öfen- und Zinnwaaren-Fabrik

Von Martin Frey in Steinau a. O.

empfiehlt sich zur Anfertigung von

Bausachen, antiken und modernen Styls, nach

Zeichnungen und Modellen.

Großes Lager der feinsten und haltbarsten Bogen-Zinnen.

Lieferungen von Canal- und druckfähigen Wasserleitung-Röhren.

[852]

544

Für meine Kranken, welche ohne Schnitt von Auswüchsen bereit sein wollen, bin ich jeden Montag und Dienstag zu Breslau in Gebauer's Hotel zu sprechen. [2525]

Andres, Wundarzt aus Görlitz.

Beobachtungen am Krankenbett.

Richtiges Genesungsmittel.

Herrn Hoflieferanten Johann Hoff in Berlin, Neue Wilhelmstr. 1.

Berlin, den 30. Januar 1868. „Ihr heiliges Malz-

extract-Gesundheitsbier und Ihre außerordentliche Malz-Gesundheits-

chocolade habe ich als jüdische Krankenpfleger sehr oft Gelegenheit

gehabt, von den Ärzten empfohlen zu sehen und deren

oft wunderbare Heilwirkung bei den Patienten zu be-

obachten. Leider wäre aber eine Patientin, die sich gefälschtes Malz-

extract (2½ Sgr. die Fl.) gekauft und schon davon getrunken hatte,

beinahe in große Gefahr gekommen, hätte ich nicht noch rechtzeitig den

Zehngriff bemerkt. Dieselbe trinkt jetzt auf ärztliche Anordnung

Ihr Chocolade und blüht wieder auf; es ist kaum glaub-

lich. Vorher weiß und bleich, hustend und matt bis zum Tode, nimmt

die Gesichtsfarbe wieder Röthe an, das Fleisch wird voll, der Husten

selten und schwach, die Zunahme der Körperkräftigung eine auffallende,

so daß der Arzt sagt: „Man ahnt es nicht, welch ein G-

esundheitschlag in dieser (Hoff'schen) Chocolade liegt!“ —

Wittwe Kamitzer, jüdische Krankenpflegerin, Neue Friedrichstr. 34.

Vor Fälschung wird gewarnt!

Von sämtlichen weltberühmten Johann Hoff'schen Malzfabri-

ken halten stets Lager: [1675]

Eduard Groß, Breslau, am Neumarkt

42.

S. G. Schwarz, Ohlauerstraße 21.

Diese Offerte gebührt Aufmerksamkeit.

Empfehlens folgende Waren nur in guter Qualität zu nachstehend billigen Preisen:

1 Ries gut geglättetes Briefpapier (groß Format) Thlr. 1 20

do. (klein Format) do. 20

1/2 " " Concept-Papier 1 10

1 " " Canzlei-Papier 2 —

200 Stück weiße Couverts in bester Qualität à 10 Sgr.

1 Pfd. gewöhnliches Brief-Siegellack 7 6

1 " " seines do. 15

1 Gros (12 Dukund) Schreibpenn. 5

1 " " englische Stahlfedern 10

12 Stück seines Federhalter 5

12 " gute Bleifedern 7

Summa Thlr. 8 —

Bei Entnahme dieses ganzen Postens im Betrage von 8 Thalern gewähre

einen Rabatt von 25 pCt., also netto nur für 6 Thlr., die Hälfte davon im

Betrag von 4 Thlr. gewähre einen Rabatt von 20 pCt., also netto nur

3 Thlr. 6 Sgr., und bei Entnahme des vierten Theils im Betrage von 2 Thlr. gewähre einen Rabatt von 15 pCt., also netto nur für 1 Thlr. 21 Sgr.

Bei Postanweisung im Betrage von netto 6 Thlr., 3 Thlr. 6 Sgr. oder

von 1 Thlr. 21 Sgr. wird Dinges in ganzen, halben oder viertel Posten

auf Ihren Brief vom 12/2, 67 versandt.

J. Brück, Papierhandlung, Schweidnitzerstraße 5.

Inserate f. d. Landwirthsh. Anziger IX. Jahrg. Nr. 8

Bekanntmachung.

Zuden Contra über das Vermögen des Kaufmanns Ißmar Sachs, in Firma Sachs & Beier hierelbst hat die Handlung S. Udo und Richter hierelbst eine Warenforderung im Betrage von 19 Thlr. 22 Sgr. ohne Beanspruchung eines Vorrechts nachträglich angemeldet. Der Termin zur Prüfung dieser Forderung ist auf den

6. März 1868, Vormittags 11 Uhr, vor dem Commissar Stadt-Gericht-Rath Fürst im Terminkammer Nr. 47 im 2. Stock des Gerichtsgebäudes anberaumt worden, wodurch die Gläubiger, welche ihre Forderungen angemeldet haben, in Kenntniß gesetzt werden.

Breslau, den 15. Februar 1868.

Königliches Stadtgericht, 1. Abth.

Commissar des Concurses.

gez. Fürst. [204]

In unser Firmen-Register ist bei Nr. 57 das Erlöschen der Firma „F. Seyler“, Inhaber der Kaufmann Franz Seyler zu Alt-Rosenberg O.S. zufolge Verfügung vom heutigen Tage heute eingereichten worden.

Rosenberg O.S., den 19. Februar 1868.

Königl. Kreis-Gericht. 1. Abtheilung.

Bekanntmachung. [320]

Die Lieferung von

16 Stück gußeisernen Säulen

im Gewicht von ca. 180 Centner, nebst den zugehörigen Anker- und Schraubenbolzen, soll im Wege der Submission vergeben werden.

Es ist hierzu auf

Mittwoch, den 11. März d. J., ein Termin im hiesigen Fortifications-Bureau anberaumt, bis zu welchem die Öfferten schriftlich und versiegelt mit der Aufschrift: „Offerete zur Lieferung von gußeisernen Säulen“ einzureichen sind.

Die der Verdingung zum Grunde gelegten Bedingungen nebst der zugehörigen Zeichnung liegen im Fortifications-Bureau aus.

Neisse, den 19. Februar 1868.

Königliche Fortification.

Bekanntmachung.
Sonntagnachmittag, den 7. März d. J., Nachmittags 3 Uhr, wird auf hiesigem Rathaus die Restaurierung des Schießhauses neu verpachtet.

Das Etablissement liegt 10 Minuten von der Stadt in dem 40 Morgen großen Stadtpark am Verbindungsweg nach dem Bahnhofe.

Die neue Pacht-Periode beginnt am 1. Juli d. J. Im Termin sind 100 Thlr. an Caution zu legen.

Oslau, den 18. Februar 1868.

Der Magistrat. [340]

Ziegelei-Verkauf.

Das der Stadt Cöbel gehörige Ziegelei-Etablissement, geschäft auf 5371 Thlr., von 8 Morgen Areal mit gutem Lehmlager, auten guten Brennöfen und hinreichenden Belagschuppen, auf Brettsiegeln und Flachwerffabrikation eingerichtet, soll

Donnerstag, den 16. April, von 11 Uhr

Vormittags ab im Magistratsbüro licitando verkauft werden.

Bedingungen und Tare können in unserem Bureau eingesehen werden. [339]

Cöbel, den 16. Februar 1868.

Der Magistrat.

Holz-Verkauf.

Es sollen aus den Einschlägen pro 1868 und zwar:

1. Revier Niemberg, Schubbezirk Bogts-

walde aus dem Jagen 33, 39

Montag, den 2. März c., Vormittags

10 Uhr in der Brauerei zu Niemberg

ca. 109 Stück Eichen, 22 St. Birken, 220 St.

Kiefern Nutz- und Bauhölz, 1½ Schod Bir-

ken und diverse Kiefern, Lärchenholz,

2. Lärchenholz, 17½ Alstr. Eichen-

Scheit, 67 Schod Reitzig, 17 Schod Birken-

Knüppel, 19 Alstr. Kiefern-Scheit, 120 Schod

Schiff, 352 Schod Alt-Reitzig.

2. Revier Nieder-Stephansdorf aus

dem Jagen 7, 15

Freitag, den 6. März c., Vormittags

10 Uhr im Kreishaus zu Jäschendorf

ca. 95 St. Eichen, 112 St. Nutzhölz, 141 St. dal.

Schirholz, 1½ Alstr. Böttcherholz, 2% Alstr.

Scheit, 25% Alstr. Nutz, 28% Alstr. Stoc,

80 Schod Reitzig, 42 St. Nutzhölz und Buchen-

holz, 23½ Schod meliert Reitzig, 6½ Sch.

Dornen-Jaschinen,

Connabend, den 7. März c., Vormittags

10 Uhr im Kreishaus zu Jäschendorf

ca. 510 St. Kiefern Bauhölz, dñs. desgl. Stan-

gen, 40 Alstr. Scheit, 4 Alstr. Stoc, 140 Sch.

Reitzig, 2 Alstr. Birken-Scheit, 1 Alstr. Stoc,

3½ Schod Reitzig,

3. Revier Rantern aus dem Hinterwalde

Donnerstag, den 10. März c., Vormittags

10 Uhr im Kreishaus zu Rantern

ca. 59 St. Eichen, 41 Stück St. Weißbuchen,

36 St. Nutzhölz, 5 St. Linden-Nutzhölz,

2 Alstr. Eichen-Böttcherholz, 28 Alstr. Scheit,

10 Alstr. Rumpen, 18 Alstr. Stoc, 90 Schod

Reitzig,

4. Revier Peiskerwitz-Herrnprotsch aus

Schlag 2, 12 und am Damm in Joha-

nissberger Felde

Freitag, den 13. März c., Vormittags

10 Uhr im Kreishaus zu Herrnprotsch

ca. 125 St. Eichen, 8 St. Weißbuchen, 50 St.

Eichen-Nutzhölz, 15 Alstr. Scheit, 45 Alstr.

Stoc, 80 Schod Reitzig, 350 Schod Jaschinen

im Wege der Licitation verkauft werden.

Käufer werden mit dem Bemerkern hierzu

eingeladen, daß % des Meist gebots im Ter-

mine selbst angeahmt werden muss. Die be-

treffenden Hörster sind angewiesen, auf Ver-

langen die Hölzer und die Aufnahmeregister vor

dem Termin vorzuweisen. [331]

Rantern, den 19. Februar 1868.

Der Oberförster. Odel.

Die unterzeichnete Garten-Verwaltung

verkauft auch in diesem Jahre diverse Sor-

ten Obstbäume und Fruchtsträucher,

Alleebäume und Ziersträucher, ebenso

Gemüsefämereien billigt.

Preis-Courants werden auf Verlangen

franco zugesendet. [855]

Groß-Strehitz, im Februar 1868.

Graf Arnard'sche Garten-Verwaltung.

Die unterzeichnete Garten-Verwaltung

verkauft auch in diesem Jahre diverse Sor-

ten Obstbäume und Fruchtsträucher,

Alleebäume und Ziersträucher, ebenso

Gemüsefämereien billigt.

Preis-Courants werden auf Verlangen

franco zugesendet. [855]

Groß-Strehitz, im Februar 1868.

Graf Arnard'sche Garten-Verwaltung.

Die unterzeichnete Garten-Verwaltung

verkauft auch in diesem Jahre diverse Sor-

ten Obstbäume und Fruchtsträucher,

Alleebäume und Ziersträucher, ebenso

Gemüsefämereien billigt.

Preis-Courants werden auf Verlangen

franco zugesendet. [855]

Groß-Strehitz, im Februar 1868.

Graf Arnard'sche Garten-Verwaltung.

Die unterzeichnete Garten-Verwaltung

verkauft auch in diesem Jahre diverse Sor-

ten Obstbäume und Fruchtsträucher,

Alleebäume und Ziersträucher, ebenso

Gemüsefämereien billigt.

Preis-Courants werden auf Verlangen

franco zugesendet. [855]

Groß-Strehitz, im Februar 1868.

Graf Arnard'sche Garten-Verwaltung.

Die unterzeichnete Garten-Verwaltung

verkauft auch in diesem Jahre diverse Sor-

ten Obstbäume und Fruchtsträucher,

Alleebäume und Ziersträucher, ebenso

Gemüsefämereien billigt.

Preis-Courants werden auf Verlangen

franco zugesendet. [855]

Groß-Strehitz, im Februar 1868.

Graf Arnard'sche Garten-Verwaltung.

Die unterzeichnete Garten-Verwaltung

verkauft auch in diesem Jahre diverse Sor-

ten Obstbäume und Fruchtsträucher,

Alleebäume und Ziersträucher, ebenso

Gemüsefämereien billigt.

Preis-Courants werden auf Verlangen

franco zugesendet. [855]

Groß-Strehitz, im Februar 1868.

Graf Arnard'sche Garten-Verwaltung.

Die unterzeichnete Garten-Verwaltung

verkauft auch in diesem Jahre diverse Sor-

ten Obstbäume und Fruchtsträucher,

Alleebäume und Ziersträucher, ebenso

Gemüsefämereien billigt.

Preis-Courants werden auf Verlangen

franco zugesendet. [855]

Groß-Strehitz, im Februar 1868.

Graf Arnard'sche Garten-Verwaltung.

Die unterzeichnete Garten-Verwaltung

verkauft auch in diesem Jahre diverse Sor-

ten Obstbäume und Fruchtsträucher,

Alleebäume und Ziersträucher, ebenso

Gemüsefämereien billigt.

Preis-Courants werden auf Verlangen

franco zugesendet. [855]

Groß-Strehitz, im Februar 1868.

Graf Arnard'sche Garten-Verwaltung.

Die unterzeichnet

Grotfendt's Hôtel, früher Joh. Lor. Jaschke, Natalor, [1893]

empfiehlt sich geneigter Beachtung ganz gegebenst.

4000 Thaler

werden auf ein ländliches Grundstück als einzige und erste Hypothek geöffnet. Gültige Öfferten sind an den Eigentümer des Grundstückes durch die Expedition der Breslauer Zeitung unter Chiffre A. P. 39 zu richten.

15,000 Thlr.

innerhalb $\frac{1}{2}$ der landschaftlichen Taxe sollen auf ein schönes Rittergut für 12 Jahre unter billigen Bedingungen ausgeliehen werden. Adressen sub K. # 177 werden im Annenbüro der Herren Jenke, Bial und Freund, Breslau, fr. erbeten. [1891]

Ein Grundstück

in Schlesien, mit 30 Morgen bestem Acker, 10 Morgen Garten und Wiesen, guten Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, ist wegen anderweitigen Unternehmungen zu verkaufen. Ges. Öfferten unter C. B. 19 nimmt die Expedition der Breslauer Zeitung entgegen. [1891]

Eine Wasser-Mühle.

mit ca. 100 Mrg. Acker, Wiesen, Teich und Wald, unweit Breslau, $\frac{1}{2}$ Meile zur Bahnstation, mit ausbaufähigem Wasser, 16 Gefälle und französischem Mahlgange, massiver Baustand, vollständiges Inventar, festen Hypotheken, ist bei 2500 Thlr. bararer Anzahlung für 6500 Thlr. verkäuflich. Nur Selbstläufer. Nähertes durch den französischen Mühleneinhaber Julius Scholz in Breslau, Mathiasstraße 17. [2533]

Freiguts-Verkauf.

In Oberschlesien, an der Eisenbahnstation und Chaussee, ist ein Freigut mit 420 Morgen Acker, Wiesen, Wald, Teich u. einer kleinen Wassermühle, guten Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, reichlichem Inventar, festen Hypotheken, für den billigen Preis von 21,000 Thlr., bei 5000 Thlr. bararer Anzahlung, Kaufmehrverhältnisse halber verkäuflich. [2534]

Reflectanten erhalten genaueste Auskunft hierüber auf frankte Anfragen unter A. G. S. poste rest. Sohrau OS.

Herrschäftsliche Landeise und Villa's,

worunter einige ohne Uebertreibung in jeder Beziehung als sehr schön zu bezeichnen sind, werden Selbstläufern in großer Auswahl nachgewiesen durch

C. Noesselt in Breslau,

Gartenstraße 28a. [1890]

Die Herren [2550]

Rittergutsbesitzer
welche mich mit dem Verkauf ihrer Besitzungen zu betrauen geneigt sind, wollen die Güte haben, mir dies recht bald mitzuteilen. Eugen Weudriner, Vertreter der deutschen Hypotheken-Bank. Breslau, Tauenziplak. Nr. 8.

Rittergut-Verkauf.

Ein in der Nähe von Bautzen gelegenes Rittergut mit 66 Acker und 1467 Steuer-Einheiten, durchgängig Weizenboden, auch gute Wiesen und Ziegelei dabei, ist zu verkaufen. Nähertes zu erfahren bei Frau A. Meissner, Rittergut Storchau bei Bautzen. [2523]

Familie-Verhältnisse halber ist die rühmlich bekannte und seit 12 Jahren in Kiel bestehende

Marmor- und Sandstein-
hauerei

von Carl Kolbe, nebst dem dazu gehörigen Inventar und dem in der günstigsten Lage der Stadt befindlichen Grundstück sofort oder zum 1. April d. J. unter soliden Bedingungen zu verkaufen.

Noh-Material ist für den Anfang genügend vorhanden. Hierauf reflectirende bilden ihre Adresse poste restante Kiel sub K. 3 abzugeben. [2531]

! Gasthaus-Verkauf!

In der belebtesten Kohlengruben- und Hüttenwerken-Gegend, wie auch in einem gut gelegenen großen Kirchdorf, ist ein rentables Gasthaus mit ca. 40 Mrg. Acker und Wiesen preiswürdig zu erlangen, zu dessen Ankauf mindestens 2000 Thlr. Anzahlung erforderlich sind. Kaufbewerbern ertheilt das Näherte Agent C. A. Vorugt in Gleimth D. C. [2544]

In einer lebhaften Provinzial-Gebirgsstadt ist eine im besten Bauzustande befindliche Wind-Mühle bald zu verpachten, resp. zu verkaufen. Bewerber wollen ihre Adresse unter Chiffre H. F. 37 franco in der Exped. d. Bresl. Btg. niederlegen. [2551]

Ersparniß an Zeit und Geld.

Wer irgend etwas in eine oder mehrere Zeitungen zu inserieren beabsichtigt, der wende sich an die Zeitungs-Annonce-Expedition von Rudolf Mosse, Berlin, Friedrichstr. 60. Durch dieses Institut werden bekanntlich Annonce in sämtliche existirende Zeitungen ohne Preisserhöhung, ohne Porto oder Provisions-Anrechnung prompt erwidert. Belag über jedes Inserat. Compl. Insertionsstarit pro 1868 gratis und franco.

Ein seit Jahren in der volkreichsten Gegend Schlesiens bestehendes Zimmermeister- und Baugeschäft ist mit den dazu gehörenden Wohn- und Neben-Gebäuden, sowie sämtlichen Bau-Utensilien, Werkzeugen u. Vorräthen unter sehr günstigen Bedingungen bei 3000 Thlr. Anzahlung sofort zu verkaufen. Nähertes sub W. O. poste restante Schweidnitz.

Ganz solide Mittel,

sich jährliche Revenüen von 50, 100, 200 bis 1000 Thlr. zu verschaffen.

Nähertes durch 2 Broschüren nebst Probezubehör hierüber, von einem Fabrikgeschäft zusammengestellt, und gegen Nachnahme oder Einwendung für zusammen 10 Sgr. zu beziehen.

Fr. Öfferten sub P. H. Nr. 2000 poste restante Hannover. [500]

Guts-Verkauf.

Der Besitzer eines im Danziger Werder befindlichen Gutes beabsichtigt dasselbe aus freier Hand zu verkaufen. Dasselbe hat ein Areal von ca. 1000 Morgen, größtentheils Boden I. Klasse, nur ca. 100 Morgen III. Klasse; dabei sehr gutes Wiesenerhältlich. Bestellt mit Winteraussaat sind 88 Morgen Raps u. Rüben, 150 Morgen Weizen, 80 Morgen Roggen. Zur Sommersaat: 83 Morgen Gerste, 83 Morgen Hafer, 20 Morgen Erbsen, 60 Morgen Widen und Bohnen, 40 Morgen Kartoffeln und mit Klee bestellt sind 80 Mg.

Inventar: 24 Pferde, 11 Fohlen verchiedener Jahrgänge; 25 Kühe und Jungvieh, ca. 500 Fettbämmel, Schweine u. Zottes Inventar complet. [1672]

Gebäude hinreichend und in gutem baulichen Zustande. Das Wohnhaus, neu und massiv, mit gewölbter Kellerei, enthält 8 Stuben, großes Entrée, große Küche, Speisefammer und Mädchentube.

Hypotheken fest.

Preis 95,000 Thlr. mit 25–30,000 Thlr. Anzahlung.

Zwischenhändler werden nicht berücksichtigt.

Nähertes portofrei zu erfahren durch

Messerschmidt u. Albrecht

in Stettin.

Vortheilhafte Offerte.

In einer Provinzialstadt Oberschlesiens ist das [2551]

Geschäft eines Maurermeisters

der gute Kundelschaften hat, und eine demselben gehörige, mit bestem Erfolg betriebene

Siegel, bestens eingerichtet zur Fabrikation

für Siegel und Flachwerke, unter den vortheilhaftesten Bedingungen zu verkaufen.

Nähertes bei Herrn Z. Moenthal, Neue

Graupenstraße Nr. 10. [2551]

Mein Taschen- und Galanterie-

Lederwaaren-Geschäft

[2547] befindet sich jetzt

nur

Schmiedebrücke Nr. 1

(Ring- u. Albrechtsstr. Ekhans).

Adolph Zepler.

In bester Qualität!

Neel angefertigte

Crinolinen

in 10 und 12 Reisen à 7½ u. 10 Sgr.

in breiten Taschenbändern

eingewirk

in 6, 8, 10, 12, 14 und 16 Reisen

à 9, 12, 14, 16, 17½ und 20 Sgr.

empfiehlt:

Die Crinolinen-Fabrik

von [1872]

Bernhard Korn,

Blücherplatz 4.

Mein großes Lager von äußerst solid gearbeiteten [1767]

Brieftaschen,

Portemonnaies,

Cigarren-Etuis,

Photographie-Albums u. c.

empfiehlt einer geeigneten Beachtung.

Hugo Puder,

Papierhandlung, Ring Nr. 52.

Dr. Pattison's

Gichtwatte

lindert sofort und heilt schnell [1702]

Gicht und Rheumatismen

aller Art, als: Gesicht-, Brust-, Hals- und

Gähncherzen, Kopf-, Hand- und Kniegicht,

Gliederreihen, Rücken- und Lendenreihen.

In Paketen zu 8 Sgr. und halben zu 5 Sgr.

bei C. G. Schwarz, Orlauerstraße Nr. 21.

Für Kräuter.

Einige braunreine Feldparzelles sind billig

zu verpachten. Dom. Schmiedefeld bei

Breslau.

Gebrachte Locomobilen,

von 4–8 Pferdekraft, wenn auch nicht be-

triebsfähig, werden zu kaufen gesucht.

Abrechnung unter Chiffre P. P. 38 durch die

Expedition der Bresl. Btg. [354]

Von den weltberühmten Stollwerk'schen Brust-Bonbons erhält neue Zusendung und empfiehlt ich dies bewährte Hausmittel zur gefälligen Abnahme en gros & en detail bestens. [4106]

Breslau.

C. L. Reichel,

Nikolaistraße 73.

Pfannfuchen,

vom feinsten Banater-Mehl, täglich frisch, em-

pfiehlt d. Wiener u. Carlsbader Bäckerei von

Fr. Roesler,

Schweidnitzerstraße Nr. 29, nahe dem Theater.

Besten Leutewitzer

Munkelrüben-Samen,

1867er Ernte, offerirt billig

Nathan Schlesinger

[857] in Oppeln.

Sichtensamen,

diesjähriger Ernte, wird zum Preise von 8

Sgr. pro Pfd. offerirt. Bestellungen hierauf

finden an die Forstinspektion der Minerva

in Groß-Stanislaw per Klein-Stanislaw zu richten. [771]

Kieler Sprotten,

Speckbüdinge,

geräuch. Rheinlachs frisch bei

G. Donner,

Stodgasse 29, Breslau.

Merseburger Bitter-

oder Schwarzbier

wird als bewährtes Kräutigungsmittel wieder-

holt empfohlen und ununterbrochen verankt.

Preis ab hier à Flasche 4 Sgr., bei Franco-

Rückgabe der Flasche 6 Pf. vergütet. Bierver-

kaufsviertel angemessenen Rabatt. [1480]

Merseburg a. d. Saale 1868.

Carl Berger, Stadt-

Brauerei.

Ein starler, wenig gebrauchter, einspanniger,

3rd Brettwagen, 1 Paar engl. u. 1 Paar

Arbeitsgesirre sind zu verkauf. Näh. Paradies-

gasse 21 auf d. Wäschetrockenplatz. [2548]

63 Stück fernsette Hammel,